

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO**

**Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO  
vom 25. bis 28. Mai 2012 in Tallinn, Estland**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Teilnehmer der deutschen Delegation .....</b>	2
<b>Ablauf der Tagung .....</b>	2
<b>Politischer Ausschuss (PC) .....</b>	2
<b>Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC) .....</b>	7
<b>Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC) .....</b>	9
<b>Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS) .....</b>	12
<b>Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC) .....</b>	17
<b>Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC) .....</b>	20
<b>Plenarsitzung .....</b>	21

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) fand vom 25. bis 28. Mai 2012 in Tallinn, Estland, statt.

### **Teilnehmer der deutschen Delegation**

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

#### **Deutscher Bundestag:**

*Abgeordneter Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Leiter der Delegation,*  
*Abgeordnete Ulla Schmidt (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,*  
*Abgeordneter Uwe Beckmeyer (SPD),*  
*Abgeordneter Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU),*  
*Abgeordneter Jürgen Hardt (CDU/CSU),*  
*Abgeordneter Robert Hochbaum (CDU/CSU),*  
*Abgeordnete Anita Schäfer (CDU/CSU),*  
*Abgeordneter Joachim Spatz (FDP),*

#### **Bundesrat:**

*Minister Lorenz Caffier (CDU), Mecklenburg-Vorpommern, Leiter der Delegation,*  
*Minister Alexander Bonde (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Baden-Württemberg,*  
*Bürgermeister und Senator Frank Henkel (CDU/CSU), Berlin,*  
*Senator Ulrich Mäurer (SPD), Bremen,*  
*Staatsminister Rainer Robra (CDU), Sachsen-Anhalt.*

### **Ablauf der Tagung**

Die Sitzungen der Ausschüsse fanden am Freitag, 25. Mai 2012, Samstag, 26. Mai 2012, und Sonntag, 27. Mai 2012, statt. Das Plenum tagte am Montag, 28. Mai 2012.

### **Politischer Ausschuss (PC)**

Der Politische Ausschuss tagte am Samstag, 26. Mai 2011, unter dem Vorsitz von Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada).

Schwerpunkte der Beratungen des Politischen Ausschusses waren die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Chicago am 20. und 21. Mai 2012, der Arabische Frühling und der Transitionsprozess in Afghanistan.

#### **I. Vortrag von Urmars Paet, estnischer Außenminister, zum Thema „Die NATO nach dem Gipfel in Chicago – Politische Aspekte“**

Minister **Urmars Paet** kommentierte die Kernthemen des NATO-Gipfels in Chicago. Der Transitionsprozess in Afghanistan stelle eine große Herausforderung dar, der das Bündnis angemessen begegne. So sei der Abzug der ISAF-Truppen bis Ende 2014 bekräftigt worden. Die damit verbundene Übertragung der Sicherheitsverantwortung auf die afghanischen Sicherheitskräfte ANSF (*Afghan National Security Forces*) solle bis 2017 finanziell und mit Ausbildern unterstützt werden. Angesichts der Ausgabenkürzungen, die zahlreiche europäische Staaten im Bereich Verteidigung vorgenommen hätten, appellierte er, die NATO-Zielgröße einzuhalten, wonach die Verteidigungsausgaben eines Landes mindestens zwei Prozent des nationalen Bruttonationalproduktes ausmachen sollten. Er begrüßte die Verständigung auf eine Bündelung der in den NATO-Mitgliedstaaten vorhandenen Kräfte, um notwendige militärische Fähigkeiten des Bündnisses trotz reduzierter öffentlicher Haushalte vorhalten zu können. Er betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Aufbaus eines Raketenabwehrschirms zum Schutz des NATO-Territoriums. Die NATO-Präsenz im Ostseeraum, insbesondere die Luftraumüberwachung über den baltischen Ländern durch die NATO-Mission *Air Policing Baltikum*, bewertete er als Erfolg. Im Bereich *cyber*-Sicherheit sei mit dem *Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence* in Tallinn, Estland, ein

wichtiger Anfang gemacht. Für die Einbindung effektiver Strategien zur Bekämpfung von *cyber*-Angriffen in die Verteidigungssysteme hingegen sei noch einiges zu tun.

## II. Vortrag von Juri Luik, estnischer Botschafter beim Nordatlantikrat, zum Thema „Die NATO nach dem Gipfel in Chicago: Verteidigungs- und Sicherheitsaspekte“

Botschafter **Juri Luik** ergänzte die Ausführungen des Ministers und unterstrich, dass die europaweite Reduktion der Verteidigungsausgaben ein Ungleichgewicht in der Lastenverteilung zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen NATO-Mitgliedstaaten mit sich bringe, das es in dem Ausmaße selbst zur Zeit des Kalten Krieges nicht gegeben habe. Ein weiterer Schwerpunkt auf dem Gipfel in Chicago sei ein neuer konzeptioneller Ansatz, das so genannte *smart defence*-Konzept gewesen. Es sehe eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Fähigkeiten vor, um trotz reduzierter Haushaltsmittel die Beibehaltung des erforderlichen NATO-Spektrums an Fähigkeiten sicherzustellen. Auch wenn dieser Ansatz noch ungeklärte Fragen aufwerfe, wie etwa das Verhältnis zur Souveränität der Mitgliedstaaten über ihre militärischen Kapazitäten oder die Lösung von Konkurrenz bei zeitgleicher Nachfrage nach gemeinsam vorgehaltenen Kapazitäten, biete er auch Chancen. So würde das Risiko, das sich aus den Abrüstungstendenzen der Mitgliedstaaten für die Sicherheit im Bündnisgebiet ergebe, eingedämmt. Ziel sei es, traditionelle Fähigkeiten zu erhalten und darüber hinaus Kapazitäten zu entwickeln, um auf neue Bedrohungen reagieren zu können. Kernwaffen blieben ein zentraler Bestandteil des NATO- Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs. Eine Änderung dieses Grundsatzes habe auf dem Gipfel in Chicago mangels einheitlicher Position der Bündnispartner nicht erzielt werden können. Beim Thema *cyber*-Sicherheit habe die Diskussion im Vordergrund gestanden, ob der Schutz von kritischen Infrastrukturen durch militärische oder durch zivile Kräfte erfolgen solle.

Die anschließende Debatte konzentrierte sich vor allem auf die kritische Haltung der Russischen Föderation zum Raketenabwehrschirm. Abgeordnete **Anna Fotyga** (Polen) betonte den Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen. Außenminister **Urmaz Paet** bekräftigte, dass auch er eine Zusammenarbeit zwischen NATO und Russischer Föderation begrüße und dass das Ziel einer stärkeren Kooperation auch auf dem NATO-Gipfel in Chicago unterstrichen worden sei. Abgeordneter **Victor A. Ozerov** (Russische Föderation) bezeichnete es als Widerspruch, dass die NATO einerseits versichere, der Ausbau des Raketenabwehrsystems in Europa sei rein defensiv und habe keinen Einfluss auf das russische Verteidigungssystem, andererseits aber eine vertragliche Regelung mit der Russischen Föderation zum Einsatzradius des Raketenabwehrsystems ablehne. Außenminister **Urmaz Paet** sowie Botschafter **Juri Luik** bekräftigten, dass die Risiken, gegen die das Raketenabwehrsystem Schutz bieten solle, insbesondere im Iran gesehen würden. Weder werde die Russische Föderation als Bedrohung begriffen, noch seien für sie Risiken aus dem NATO-Gebiet zu erwarten. Zum Konzept der *smart defence*, einem weiteren Schwerpunkt der Debatte, sah Abgeordneter **Manuel Filipe Correia de Jesus** (Portugal) die Herausforderung vor allem darin, die Lasten angemessen zu verteilen. Botschafter **Juri Luik** nannte die Luftraumüberwachung über dem Baltikum als Beispiel für eine gelungene Lastenverteilung. Hierdurch sei Estland erspart geblieben, entsprechende Kapazitäten aufzubauen, wodurch Mittel für andere Zwecke, wie etwa gemeinsame Auslandseinsätze, frei geworden seien. Ungelöst sei hingegen die Frage der Vereinbarkeit eines gemeinsamen Waffensystems mit den Mitspracherechten der Parlamente im Falle eines Auslandseinsatzes. Abgeordneter **Assen Agov** (Bulgarien) erkundigte sich abschließend nach dem Stand der Beitrittsverhandlungen mit Georgien. Außenminister **Urmaz Paet** bezeichnete Georgien als aussichtsreichen Kandidaten, der einen wirkungsvollen Reformprozess durchlaufe und dessen Beitrag zu den ISAF-Truppen geschätzt werde. Er gehe davon aus, dass der nächste NATO-Gipfel sich wieder mit Erweiterungsfragen beschäftigen werde.

## III. Erklärung von Hoshyar Zebari, irakischer Außenminister, vorgetragen von Abdul Kareem Tuama Mehdi, irakischer Botschafter in Finnland und Estland

Mit der von Botschafter **Abdul Kareem Tuama Mehdi** vorgetragenen Erklärung gab der irakische Außenminister einen Überblick über die NATO-Mission im Irak, die im Dezember 2011 endete. Er äußerte die Erwartung, dass die NATO auch über den Abzug hinaus Hilfe beim Aufbau des Landes leiste, insbesondere im Bereich der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte. Die irakische Regierung sei bereit, vollumfänglich mit der NATO zusammenzuarbeiten, um Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten zu schaffen.

#### IV. Beratung des Generalberichtsentwurfes zum Thema „Arabischer Frühling: Auswirkungen auf die euroatlantische Sicherheit“, vorgelegt von Generalberichterstatter Assen Agov (Bulgarien)

Der Generalberichterstatter **Assen Agov** (Bulgarien) sieht in den Veränderungen, die durch den Arabischen Frühling in der Region ausgelöst wurden, Chancen und Risiken für das transatlantische Bündnis. Die Entstehung demokratischer und offener Gesellschaften in der MENA (*Middle East and North Africa*)-Region zu fördern, liege im Interesse der euroatlantischen Sicherheit. NATO-Partnerschaften mit Ländern, welche die Werte der Gemeinschaft der NATO-Mitgliedstaaten nicht teilten oder gar zu verhindern suchten, seien jedoch teilweise eine Gradwanderung. Dies umso mehr, als der Arabische Frühling nicht abgeschlossen sei und sozioökonomische Herausforderungen in den postrevolutionären Ländern nicht gelöst seien. Die NATO müsse Handlungsoptionen bereithalten, wobei militärische Maßnahmen nicht ohne Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Betracht kämen. Ein Eingreifen in Syrien könne erforderlich werden angesichts der Gefahr staatsfreier Räume, die infolge von Waffenverbreitung und des Erstarkens terroristischer Gruppierungen entstehen. Er äußerte die Hoffnung auf eine bessere Koordination der Verteidigungs- und Sicherheitspolitiken der NATO-Verbündeten gegenüber der MENA-Region.

Abgeordneter **José Lello** (Portugal) empfahl im Generalbericht, das Konfliktpotential zwischen Schiiten und Sunniten in Syrien stärker ins Visier zu nehmen. Abgeordneter **Loïc Bouvard** (Frankreich) warf die Frage auf, warum in einige Konflikte eingegriffen werde, in andere nicht, und forderte mehr Konsistenz im gemeinsamen Vorgehen der westlichen Mächte. Abgeordneter **Ovidio Sanchez** (Spanien) zog als Fazit aus dem Besuch des Unterausschusses NATO-Partnerschaften in Katar im März 2012 eine Parallele zwischen den Vorgängen in Syrien und dem Massaker in Srebrenica im Juli 1995, dem die Weltgemeinschaft auch tatenlos zugesehen habe. Der Berichterstatter ging auf die Beiträge ein und bewertete den Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten als künstlich hervorgerufen. Im Kern ginge es allein um die Verletzung von Menschenrechten. Der Bericht berücksichtige, dass nicht wenige Abgeordnete sich ein geschlossenes Vorgehen gegen die Menschenrechtsverletzungen in Syrien wünschten. Abgeordnete **Marit Nybakk** (Norwegen) benannte die Herausforderungen, die sich aus der NATO-Partnerschaftspolitik ergäben. Viele der Partner, wie etwa die Golfstaaten und Katar, stellten keine demokratischen Staaten dar, seien aber von wesentlicher Bedeutung in der Region und damit für die NATO. Abgeordneter **Vladimir Bessonov** (Russland) bestritt eine Einmischung der Russischen Föderation in den Konflikt in Syrien. Er forderte, die Passagen aus dem Bericht zu streichen, in denen von einem Veto der Russischen Föderation gegen eine Resolution der Vereinten Nationen zur Sanktionierung Syriens sowie von Waffenlieferungen und Geldzahlungen des Iran und der Russischen Föderation die Rede sei. Die Russische Föderation sei lediglich gegen eine bewaffnete Intervention in Syrien.

#### V. Vortrag von Dr. Ibtisam Al Kitbi, Dozentin an der Universität der Vereinigten Arabischen Emirate, Fachbereich Politikwissenschaften, über Sicherheit in der Golf-Region

Die Dozentin **Dr. Ibtisam Al Kitbi** erläuterte das Sicherheitsungleichgewicht in der Golfregion nach dem Arabischen Frühling. Der Kooperationsrat der Arabischen Staaten des Golfes (*Gulf Cooperation Council*, GCC) habe im Ergebnis durch die arabischen Aufstände profitiert. Der Arabische Frühling habe deutlich gemacht, dass die Regierungen der Golf-Staaten zunehmend mit internen Problemen konfrontiert würden - Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, Arbeitslosigkeit und demokratischen sowie institutionellen Reformen spielten hier eine Rolle. Das Sicherheitsgefüge sei bis heute geprägt durch eine Bipolarität des gefürchteten Nachbarn Iran und des Königreiches Saudi-Arabien. Der Einmarsch von Streitkräften des GCC in Bahrain im März 2011 zur Niederschlagung von Protesten sei eine zwingende Maßnahme zum Machterhalt gewesen. Der Einsatz ohne Einbindung der Vereinigten Staaten habe das Selbstbewusstsein des GCC erheblich gestärkt.

In der anschließenden Diskussion knüpfte Abgeordneter **Victor A. Ozerov** (Russische Föderation) an die Debatte im Ständigen Parlamentarischen NATO-Russland-Ausschuss an und wiederholte, dass Russland das syrische Regime nicht stütze, sich vielmehr für eine friedliche Lösung einsetze. Dem widersprach **Dr. Ibtisam Al Kitbi**. Mit ihrem Veto gegen eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu Syrien verhindere die Russische Föderation, dass den Menschen in Syrien geholfen werde. Sie stütze ein Regime, das früher oder später stürzen werde. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Pierfrancesco Emilio R. Gamba** (Italien) erläuterte **Dr. Ibtisam Al Kitbi**, dass sie eine militärische Intervention im Iran nicht für sinnvoll erachte. Sollte Israel militärische Mittel gegen Iran einsetzen, würden die Spannungen in der Region zunehmen, was weder im Interesse der Golfstaaten noch der NATO liege. Im Übrigen könnten militärische Interventionen allein keine Demokratien erschaffen, wie die Beispiele Afghanistan und Irak zeigten. Der irakische Botschafter in Finnland und Estland, **Abdul Kareem Tuama Mehdi**, betonte, dass der Ausgang in Syrien offen sei und das Volk eine be-

achtliche Bereitschaft zeige, für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft erhebliche Opfer zu bringen. Internationale Akteure müssten angesichts der Probleme in der Region Geschlossenheit beweisen. Das Problem der sektiererischen Tendenzen in Syrien resultiere nach Darstellung von **Dr. Ibtisam Al Kitbi** aus der US-amerikanischen Intervention im Irak, habe sich über die irakischen Landesgrenzen hinweg in der Region ausgebreitet und werde von zahlreichen Regierungen zum eigenen Machterhalt ausgenutzt.

#### **VI. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ zum Thema „Afghanistan und die Sicherheit in Südwestasien“, vorgelegt von Berichterstatter Daniel Bacquellaine (Belgien)**

Berichterstatter **Daniel Bacquellaine** (Belgien) nannte die von der internationalen Gemeinschaft im Bezug auf Afghanistan gesetzten Ziele für die Zeit des Übergangs und danach ehrgeizig. Noch seien die ANSF nicht in der Lage, die Sicherheit im Land zu gewährleisten. Besondere Bedeutung komme daher einer über das Jahr 2014 hinausgehenden Unterstützung bei Ausbildung und Finanzierung durch die NATO sowie einem Engagement der Vereinten Nationen für Demokratie und langfristiges Wirtschaftswachstum zu. Die Stabilisierung Afghanistans stehe im Übrigen in einem unmittelbaren regionalen Kontext. Er forderte deshalb, Anstrengungen zur Förderung einer regionalen Zusammenarbeit zu erhöhen und die Kooperationsmöglichkeiten Afghanistans mit seinen Nachbarn stärker ins Visier zu nehmen. Insbesondere eine stärkere Einbindung Pakistans als einflussreichstem Nachbarn Afghanistans mit extremistischen Strömungen im Land sowie die Rivalität zu Indien seien wichtig. Über die militärische Kooperation hinaus sollte die internationale Gemeinschaft die Entwicklung des Landes durch Handels- und Geschäftsbeziehungen unterstützen, wie dies die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich in Ansätzen bereits täten. Nur so können Armut eingedämmt und Demokratie gefördert und damit Gefahren für die innere Sicherheit des Landes reduziert werden. Er kündigte an, den Bericht um ein Kapitel zur Volksrepublik China als einem wichtigen Energielieferanten der Region ergänzen zu wollen.

Abgeordneter **José Lello** (Portugal) warf hieran anknüpfend die Frage auf, warum die Volksrepublik China trotz erheblicher Investitionen in Afghanistan bis heute von Angriffen der Taliban verschont geblieben sei. Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) fragte nach den Plänen Frankreichs, seine Truppenanteile frühzeitig aus Afghanistan abzuziehen. Hierauf stellte Abgeordneter **Loïc Bouvard** (Frankreich) klar, dass Frankreich auch nach der Wahl von Präsident François Hollande zu seinen in Afghanistan eingegangenen Verpflichtungen stehe. Bedeutender als die zeitliche Abfolge des Abzugs von ISAF-Truppen sei jedoch die Frage, in welcher Form Afghanistan in den Jahren nach 2014 unterstützt werden solle, insbesondere da auch der Ausbruch eines Bürgerkrieges nicht ausgeschlossen werden könne.

Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) regte an, dass der Politische Ausschuss einen Sonderbericht zu Pakistan vorlege. Von ihr auf die Situation von Menschen- und Frauenrechten in Afghanistan angesprochen, antwortete der Berichterstatter, dass es hier durchaus Verbesserungen gebe, eine Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft aber nach wie vor erforderlich bliebe. Abgeordneter **Vladimir Bessonov** (Russische Föderation) bat um eine stärkere Behandlung des Drogenhandels in und aus Afghanistan und um die Einbeziehung anderer wichtiger Organisationen, wie der Shanghaier Kooperationsorganisation, in den Bericht.

#### **VII. Vortrag von Brigadegeneral Mike Jorgensen, Leiter der Abteilung gemeinsame Pläne im Joint Force Command Brunssum, zum Thema „Afghanistan im Umbruch: Regionale Herausforderungen“**

Brigadegeneral **Mike Jorgensen** ergänzte den Berichtsentwurf zum Thema „Afghanistan und die Sicherheit in Südwestasien“, indem er einige positive Entwicklungen herausstellte. Im Rahmen der Vorbereitungen des Abzugs der NATO-Streitkräfte seien operative Erfolge zu verzeichnen. Er nannte den Aufbau der ANSF, die bereits über 50 Prozent des Landes kontrolliere, eine reduzierte Zahl von Gewalttaten sowie den Ausbau von Trainingsprogrammen. In der Bewertung der erreichten Fortschritte dürfe der Maßstab jedoch nicht zu hoch angesetzt werden. Entscheidend sei, dass die ANSF im Jahre 2014 fähig sei, die Sicherheit im Land zu garantieren. Hinsichtlich der Region sehe er neben ethnischen und Stammeskonflikten als besondere Herausforderung die Eindämmung der Drogenströme, mit denen sich die Taliban finanzierten. Er betonte die insoweit gute Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation.

Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) erinnerte an die von der afghanischen Regierung gegenüber der NATO eingegangenen und auf dem Gipfel in Chicago im Mai 2012 bekräftigten Verpflichtungen, die Menschenrechte zu achten und Frauen in den Wiederaufbauprozess in Afghanistan gleichberechtigt einzubinden, und erkundigte sich, wie die Einhaltung dieser Verpflichtung garantiert werden solle. Brigadegeneral **Mike Jorgensen** verwies in diesem Zusammenhang auf gute Fortschritte bei der Anwerbung von Frauen für die af-

ghanische Polizei, wobei er einräumte, dass die Anzahl der Frauen innerhalb der Polizeikräfte nach wie vor gering sei.

### VIII. Beratungen des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ zum Thema „Haushaltszwänge – eine Herausforderung für den Zusammenhalt des Bündnisses?“, vorgelegt von Berichterstatter John Dyrby Paulsen (Dänemark)

Nach Berichterstatter **John Dyrby Paulsen** (Dänemark) resultieren Herausforderungen des Bündnisses vor allem daraus, dass europäische Bündnispartner über Jahre zu wenig in militärische Ausrüstung investiert hätten und angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise weiterhin zu wenig investierten, wobei die Vereinigten Staaten ihre Sicherheitsschwerpunkte zunehmend nach Ostasien verlegten. Die *smart defence*-Initiative sei deshalb notwendig und hilfreich. Der Erfolg hänge jedoch entscheidend davon ab, wie die Bündnispartner diese umsetzten.

Der Abgeordnete **Ilkka Kanerva** (Finnland) eröffnete die nachfolgende Debatte mit der Anregung, auch die Partnerländer und ihre Beiträge zum Bündnis stärker in die Betrachtungen des Berichts einzubeziehen. Abgeordneter **Loïc Bouvard** (Frankreich) ergänzte, der Bericht sollte neben den Chancen auch stärker die Risiken von *smart defence* beleuchten. Eine bessere transatlantische Lastenverteilung könne auch dadurch erreicht werden, dass mehr europäische statt amerikanischer Waffenprodukte eingesetzt würden. Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) gab zu bedenken, dass angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise eine Haushaltsreduzierung in allen Bereichen zwingend sei und Verteidigungsausgaben hiervon nicht ausgenommen werden könnten. Staatsminister **Rainer Robra** (Deutschland) widersprach der Darstellung des Berichts, der Umbau der Bundeswehr sei aufgrund des Sparzwangs erfolgt. Vielmehr sei der Auftrag der Bundeswehr neu definiert und im Zuge dessen zahlreiche Standorte geschlossen worden. Der Umbau der Bundeswehr habe teilweise sogar kurzfristige Ausgabenerhöhungen zur Folge, bewirke langfristig jedoch eine Effektivierung und Konzentrierung von Kapazitäten. Abgeordneter **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) begrüßte die deutliche Benennung der ungleichen Lastenverteilung zwischen den europäischen NATO-Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten in dem Bericht. Er wies auf die kritische Haltung der amerikanischen Bevölkerung zur Stationierung von US-Soldaten in Europa hin und deren Besorgnis, bei der Umsetzung des neuen Konzepts werde *smart* mit „billig“ gleichgesetzt. Abgeordneter **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) schloss sich der kritischen Äußerung seines Vorredners an und ermahnte, den Abzug aus Afghanistan und die Finanzkrise nicht als Vorwand zu missbrauchen, Militärausgaben über Gebühr zu kürzen. Abgeordneter **Dyrby Paulsen** (Dänemark) nahm die Anregung auf, NATO-Partner stärker in den Bericht einzubeziehen, auch die Risiken von *smart defence* zu benennen und dabei herauszustellen, dass *smart* nicht „billig“ bedeuten dürfe. Die Diskussion über einen Abzug amerikanischer Soldaten aus Europa werde seiner Ansicht nach jedoch unabhängig von Konzepten der NATO geführt und sei deshalb nicht als Ergebnis der *smart defence*-Initiative zu werten.

### IX. Aktivitäten in 2012

Die Vorsitzende des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“, Abgeordnete **Marit Nybakk** (Norwegen), berichtete über die erfolgreiche Reise ihres Ausschusses nach Katar zu den Themen Sicherheit und Stabilität in der Region des Persischen Golfes, Beziehungen zur NATO, die nukleare Bedrohung durch den Iran und den Arabischen Frühling. Sie lobte die offene Atmosphäre und betonte den Dialogwillen in den Gesprächen, unter anderem mit dem Emir Scheich Hamad bin Khalifa Al-Thani sowie dem Nachrichtensender Al-Dschasira. Der Berichterstatter des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“ des Politischen Ausschusses, Abgeordneter **John Dyrby Paulsen** (Dänemark), kündigte den Besuch dieses Ausschusses gemeinsam mit dem Unterausschuss „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ des Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung nach Berlin, Rammstein und Stuttgart im September an und lobte den Programmwurf. Abgeordneter **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) wies auf ein als Tischvorlage ausgelegtes Schreiben des Kongresses der Vereinigten Staaten an den Präsidenten des Internationalen Eishockeyverbandes hin, das die Aufforderung beinhaltet, von den Plänen einer Eishockeyweltmeisterschaft 2014 in Belarus Abstand zu nehmen. Er forderte die Versammlung auf, hierzu einen Standpunkt abzugeben. Die Vorsitzende Senatorin **Raynell Andreychuk** (Kanada) kündigte an, das nächste Rose-Roth-Seminar werde sich mit der Thematik befassen. Abschließend ehrte sie den Abgeordneten **Loïc Bouvard** (Frankreich), der die Versammlung nach 34 Jahren Mitgliedschaft verlassen werde, als wichtigen Impulsgeber der NATO PV.

## Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit (DSC)

Der Ausschuss tagte am Sonntag, 27. Mai 2012, unter dem Vorsitz des Senators **Joseph A. Day** (Kanada).

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Ergebnisse des Gipfels in Chicago, insbesondere die *smart defence*-Initiative, laufende NATO-Einsätze, insbesondere Afghanistan, sowie die Piraterie-Bekämpfung.

### I. Vortrag von **Urmars Reinsalu**, estnischer Verteidigungsminister, zum Thema „Die auf dem NATO-Gipfel in Chicago gefassten Entscheidungen aus estnischer Perspektive“

Der estnische Verteidigungsminister **Urmars Reinsalu** betonte einleitend Estlands besonderes Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation. Er kritisierte jedoch die Reaktionen der russischen Regierung auf das Raketenabwehrsystem. Neben den eigenen Abschreckungskapazitäten sei die internationale Kooperation, insbesondere die Zusammenarbeit in der NATO, für Estland ein wichtiger Pfeiler seines Verteidigungssystems. Als die wesentlichen Themen des Gipfels in Chicago aus estnischer Perspektive stellte er die *smart defence*-Initiative, die ballistische Raketenabwehr, den Abzug aus Afghanistan und die *cyber war*-Bedrohung heraus. Er unterstrich die Aufstockung der estnischen Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des estnischen Bruttosozialproduktes und appellierte an die Mitglieder der NATO PV, auch in Zeiten knapper Haushalte das Transatlantische Bündnis nicht zu gefährden und der gemeinsamen Sicherheitsverantwortung gerecht zu werden. Er nannte die Luftraumüberwachung über dem Baltikum als ein erfolgreiches Beispiel für *smart defence*. Er unterstrich das Erfordernis eines gemeinsamen Raketenabwehrsystems, das als Reaktion auf eine generelle Raketenbedrohung und nicht als Signal gegen Russland zu verstehen sei. Zur Bekämpfung von *cyber*-Bedrohungen sprach er sich für eine stärkere Zusammenarbeit aus.

Auf die Frage des Abgeordneten **Laurie Hawn** (Kanada), wie der Minister das Verhältnis zu Russland in zehn Jahren prognostiziere, äußerte er sich optimistisch und betonte zugleich, dass das Verhältnis Estlands zur Russischen Föderation wesentlich von dem Verhältnis zwischen der NATO und Russland geprägt sei. Abgeordneter **Victor A. Ozerov** (Russische Föderation) kritisierte, dass die NATO die Unterzeichnung eines rechtsverbindlichen Dokuments ablehne, das eine Nichtausrichtung der Raketenabwehrsysteme gegen die Russische Föderation garantiere. Abgeordneter **Antonello Cabras** (Italien) wies auf die unterschiedliche wirtschaftliche Situation der Mitgliedstaaten hin, die unweigerlich zu unterschiedlichen Verteidigungsausgaben führte.

### II. Vortrag des Brigadegenerals **Riho Terras**, Oberkommandierender der Streitkräfte Estlands, zum Thema „Estlands Beitrag zu NATO Einsätzen“

Brigadegeneral **Riho Terras** gab einen Überblick über die Entwicklung der estnischen Streitkräfte seit der Unabhängigkeit des Landes 1991. Seit Gründung der Streitkräfte 1992 mit einer Stärke von 120 Soldaten sei Estland auf eine Einbindung in kollektive Sicherungssysteme wie der NATO ausgerichtet gewesen. Das Land nehme bereits seit 2003 an NATO-Einsätzen wie etwa der *Kosovo Force (KFOR)* teil und sei seit 2004 NATO-Mitglied. Trotz der mit der Finanz- und Wirtschaftskrise einhergehenden Reduzierung auch des estnischen Verteidigungshaushaltes plane das Land ab 2016 einen Beitrag zur *NATO Response Force*. Er unterstrich, dass die estnische Bevölkerung nach wie vor beinahe geschlossen hinter den Anstrengungen Estlands stehe, seinen NATO-Verpflichtungen gerecht zu werden. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Raymond Knops** (Niederlande) zu den Vorbildern Estlands im Hinblick auf *smart defence* nannte der Brigadegeneral insbesondere die bilaterale Zusammenarbeit mit dem Nachbarn Finnland als erfolgreiches Modell.

### III. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ zum Thema „Fähigkeiten und Ansprüche vereinbaren: Die NATO bis zum Jahr 2020“, vorgelegt von Berichterstatterin **Nicole Ameline** (Frankreich), präsentiert von **Xavier Pintat** (Frankreich)

Senator **Xavier Pintat** (Frankreich) stellte den Bericht der Abgeordneten **Nicole Ameline** (Frankreich) vor. Hierin werde eine kontinuierliche Verschlechterung der Kapazitäten des Bündnisses und ein dadurch ausgelöster Widerspruch zu den auf politischer Ebene gesetzten Zielen der NATO festgestellt. *Smart defence* allein könne erforderliche Investitionen in militärische Kapazitäten nicht ersetzen. Aus den politischen Zielsetzungen müssten prioritäre Kapazitäten entwickelt werden, wobei die bestehenden Verteidigungsbudgets nicht weiter gekürzt werden dürften.

Abgeordneter **Sir John Stanley** (Vereinigtes Königreich) begrüßte die Feststellung des Berichts, dass NATO-Einsätze wie in Libyen gezeigt hätten, wie wichtig die Fähigkeit der NATO zur schnellen Krisenintervention sei. Das in Libyen positiv Erreichte sollte stärker im Bericht zum Ausdruck gebracht werden. Abgeordneter **Gio-**

**vanni Torri** (Italien) kritisierte den Einsatz in Libyen und gab zu bedenken, dass *smart defence* hinsichtlich der Souveränität der Staaten auch Konfliktpotential in sich berge. Abgeordnete **Carolyn McCarthy** (Vereinigte Staaten) sprach sich für eine bessere Darstellung der NATO in der Öffentlichkeit aus, um die Akzeptanz für Einsätze wie in Afghanistan zu erhöhen. Berichte sollten so abgefasst sein, dass sie von der Presse verstanden und als Informationsquelle genutzt würden. Abgeordneter **Mehmet Vecdi Gonul** (Türkei) sprach sich gegen den im Bericht vorgenommenen Vergleich der Situation in Syrien mit den Konflikten in Libyen aus. Senator **Xavier Pintat** (Frankreich) erwiderte, er halte diesen Vergleich angesichts der Massaker, die an der syrischen Bevölkerung begangen würden, für angemessen.

#### **IV. Diskussion zum Thema smart defence mit Oberst Andrew Budd, Stabsoffizier, Verteidigungspolitik und -pläne, smart defence-Unterstützungsteam der NATO, und Dr. Bastian Giegerich, Experte für europäische Sicherheitspolitik des *International Institute for Strategic Studies***

Oberst **Andrew Budd** bezeichnete *smart defence* als eine Art *clearing house*, das Spezialisierungsmöglichkeiten schaffe und die Interoperabilität erhöhe. Entscheidend sei eine bessere Abstimmung der Bündnispartner etwa bei nationalen Reformvorhaben oder der Beschaffung von Verteidigungsmitteln. Anderenfalls drohe eine weitere Schwächung der europäischen Verteidigungskapazitäten, der eine deutliche Aufstockung der Verteidigungshaushalte anderer Staaten, wie insbesondere China, gegenüberstehe. In der Folge richte sich die Rüstungsindustrie zunehmend nach den Bedarfen dieser Staaten aus. **Dr. Bastian Giegerich** bezeichnete *smart defence* als schmerzhaften Einschnitt, der aber zur Umsetzung des neuen Strategischen Konzeptes der NATO angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unumgänglich sei. Anstatt zu lamentieren, es handele sich um „alten Wein in neuen Schläuchen“, könne hierin durchaus ein Mehrwert liegen. Er nannte die Herausbildung gemeinsamer Zukunftsperspektiven und multilateraler Ziele, eine Stärkung gegenseitigen Vertrauens und Synergien sowie die Schaffung eines größeren Marktes für die europäische Rüstungsindustrie. Auf Nachfrage des Abgeordneten **João Rebelo** (Portugal), wie eine konkrete Aufteilung unter den Verbündeten ausgerichtet sein werde, betonte Oberst **Andrew Budd**, dass es bereits Kooperationen gebe, die jedoch noch stärker durch die NATO gebündelt und gesteuert werden müssten. Die Frage des Abgeordneten **Antonello Cabras** (Italien), ob hierfür eine Änderung des Nordatlantikvertrages erforderlich sei, verneinten beide Referenten. Bestehende Vertragsregelungen seien ausreichend abstrakt formuliert und umfassten auch aktuelle Bedrohungen und Lösungsansätze. **Dr. Bastian Giegerich** ergänzte, dass jedoch (bei langfristigen NATO-Einsätzen) nationale Regelwerke im Hinblick auf die Parlamentsbeteiligung teilweise einer Überarbeitung bedürften. Abgeordneter **Francesco Bosi** (Italien) hielt es für angezeigt, die neue Zielrichtung des Bündnisses angesichts komplexerer globaler Machtstrukturen und *cyber war*-Szenarien klarstellend in dem Vertrag zu benennen. Abgeordneter **Laurie Hawn** (Kanada) wollte wissen, wie Lasten, die gegebenenfalls mit dem Opfer von Menschenleben verbunden seien, gerecht zwischen den Verbündeten aufgeteilt werden könnten. Hierauf betonte **Dr. Bastian Giegerich**, dass nach wie vor alle Staaten weiterhin in der Lage sein müssten, Truppeneinheiten zu Kampfeinsätzen zu entsenden. Abgeordneter **Diego Lopez Garrido** (Spanien) wies darauf hin, dass die Rüstungsindustrie bisher eine stark national organisierte Industriebranche sei. Dies bedeute, dass sich erhebliche nationale Interessen gegenüberständen. Er fragte, wie die Öffentlichkeit angesichts hoher Arbeitslosenzahlen davon überzeugt werden solle, auf Aufträge für die nationale Industrie zugunsten anderer NATO-Partner zu verzichten. Hiergegen wandte Abgeordnete **Cheryl Gallant** (Kanada) ein, dass die herkömmliche nationale Industrie in Zukunft nicht mehr konkurrenzfähig und auch die Arbeitslosigkeit nur noch gemeinschaftlich zu lösen sei. Sie verwies auf das enorme Einsparungspotential von Verteidigungskooperationen. Vom Vorsitzenden Senator **Joseph A. Day** (Kanada) auf das Verhältnis von *smart defence* zum *Pooling&Sharing*-Ansatz auf EU-Ebene angesprochen, verwies Oberst **Andrew Budd** auf zahlreiche Kooperationsprojekte zwischen EU und NATO, insbesondere in der Raumfahrt.

#### **V. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Afghanistan: Bis 2014 und danach“, vorgelegt von Generalberichterstatter Sven Mikser (Estland)**

Berichterstatter **Sven Mikser** (Estland) benannte Fortschritte und verbleibende Herausforderungen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stabilisierung Afghanistans. Nach wie vor gebe es zu viele *insider attacks* von ANSF auf ISAF-Truppen. Weitere Probleme seien die Taliban-Protectorate in Pakistan, das schwierige Verhältnis zwischen der zu schwachen Koalitionsregierung Afghanistans und Pakistan sowie die unzureichende Infrastruktur. Letztere mache die Ausbeutung von Bodenschätzen schwierig, mit der Folge einer nach wie vor schwachen Wirtschaftskraft. Er betrachtete Verhandlungen mit den Taliban deshalb als erforderlich. Ein Scheitern des Friedensprozesses nach dem Abzug der ISAF-Truppen im Jahre 2014 könne sich niemand leisten. Abgeordneter **Giovanni Torri** (Italien) äußerte Kritik an der Auswahl des ausgebildeten ANSF-Personals durch die ISAF und

an der afghanischen Regierung Hamid Karsais, der es nicht gelinge, Übergriffe auf ISAF-Truppen zu verhindern und die Korruption einzudämmen. Abgeordneter **Vladimir Komoedov** (Russische Föderation) äußerte sich skeptisch zu angestrebten Verhandlungen mit den Taliban und sprach den zunehmenden Drogenhandel an. Abgeordneter **Franklin van Kappen** (Niederlande) sah einen Konflikt zwischen Kürzungen in den nationalen Verteidigungshaushalten und der geplanten finanziellen Unterstützung der ANSF nach 2014. Der Berichterstatter verwies auf die Zielvorgabe des Gipfels in Chicago, wonach bereits bis 2020 staatliche Einnahmen und Ausgaben in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen sollen. Er räumte zugleich ein, dass diese Zeitplanung sehr optimistisch sei. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Laurie Hawn** (Kanada) nach der Lage der afghanischen Frauen und ihren Möglichkeiten, einen Beruf zu ergreifen, verwies der Berichterstatter auf das nach wie vor traditionelle Rollenbild der afghanischen Gesellschaft, das bestehende Genderprojekte vor besondere Herausforderungen stelle.

#### **VI. Beratungen des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ zum Thema „Die Herausforderungen der Piraterie: Internationale Antwort und Rolle der NATO“, vorgelegt von Berichterstatter Raymond Knops (Niederlande), mit Beiträgen des Konteradmirals Hank Ort, Stabschef, NATO Maritime Command Northwood**

Nach Berichterstatter **Raymand Knops** (Niederlande) und Konteradmiral **Hank Ort** ist die Piraterie auf den Weltmeeren ein kriminelles Gewerbe erheblichen Ausmaßes, das für Reedereien und NATO-Mitgliedstaaten ein kostspieliges Problem darstelle und nur gemeinsam gelöst werden könne. Am Horn von Afrika funktioniere die Zusammenarbeit mit der EU und anderen Sicherheitskräften wie etwa aus Indien, Kenia und dem Iran gut. Angriffe von Piraten seien bereits um die Hälfte zurückgegangen. Beide Referenten sprachen sich für eine Anpassung des NATO-Mandates *Operation Ocean Shield* an das EU-Mandat *European Union Naval Force Somalia* (EUNAVFOR-Atalanta) aus. Das EU-Mandat sei im Mai 2012 auf die Bekämpfung von logistischen Einrichtungen der Piraten innerhalb eines zwei Kilometer breiten Strandabschnitts erweitert worden. Der Berichterstatter äußerte sich kritisch zum Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten. Sie seien mit dem Gewaltmonopol des Staates schwer in Einklang zu bringen. Konteradmiral **Hank Ort** hingegen räumte ein, dass die zunehmende Absicherung von Handelsschiffen durch private Sicherheitskräfte erfolgreich funktioniere und erkennbar abschreckende Wirkung auf die Piraten zeige. Er lobte die gute Zusammenarbeit zwischen privaten Sicherheitskräften und den NATO-Soldaten.

Auch Abgeordneter **Franklin van Kappen** (Niederlande) sprach sich in der anschließenden Diskussion für eine Erweiterung des NATO-Mandats auf Stellungen der Piraten an Land aus. Er sehe die Gefahr einer Ausweitung des Operationsraumes terroristischer Kräfte auf die Weltmeere. Abgeordneter **Loïc Bouvard** (Frankreich) erklärte, die Einstellung Frankreichs gegenüber privaten Sicherheitsdiensten sei grundsätzlich skeptisch, dies ändere sich aber angesichts der erfolgreichen Zusammenarbeit von privaten und staatlichen Kräften zunehmend. Auf Nachfrage des Abgeordneten **Giovanni Torri** (Italien) erläuterte Berichterstatter Abgeordneter **Raymand Knops** (Niederlande) abschließend, dass die strafrechtliche Verfolgung festgenommener Piraten auch drei Jahre nach Beginn der internationalen Marineoperationen am Horn von Afrika nach wie vor ein ungelöstes Problem darstelle.

#### **Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit (ESC)**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte am Sonntag, 27. Mai 2012, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Petras Austrevizius** (Litauen).

Zentrale Themen der Sitzung waren die Auswirkungen der Eurokrise, die internationale Wirtschaftspolitik Russlands und die wirtschaftlichen Ursachen des Arabischen Frühlings.

#### **I. Vortrag von Peeter Koppel, Finanzexperte aus Estland, zum Thema „Die Eurokrise aus der Sicht Estlands“**

Aus seiner Sicht sei die Eurokrise eine Strukturkrise, die gerade erst begonnen habe, sagte **Peeter Koppel**. Neben der Verschuldung wies er auf die Überalterung der Bevölkerung und die nicht nachhaltigen sozialen Sicherungssysteme hin sowie auf die Krise in der Wettbewerbsfähigkeit. Die Regulierung der Arbeitsmärkte habe Verzerrungen erzeugt, die fast überall zu einer hohen Jugendarbeitslosigkeit geführt hätten. Politisch seien die Sparpakete schwer zu vermitteln, ein Rückgang des gewohnten Lebensstandards aber kaum zu vermeiden. Er prognostizierte auch eine Zunahme der politischen Instabilität. Mit Blick auf die Entwicklungen in Estland er-

klärte er, die Flexibilität der Löhne sei ein wichtiges Instrument gewesen und auch für Investoren interessant. Um Produktivität zu steigern, müssten Lohnkosten gesenkt werden. Estland habe keine niedrigen Steuern, aber ein einfach strukturiertes und geschäftsfreundliches System. Abschließend wies er auf die Abhängigkeit der baltischen Länder von den Märkten und der Situation in den jeweiligen Exportländern hin. In der Diskussion thematisierte der Abgeordnete **Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich) die hohe Jugendarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel. **Peeter Koppel** erwiderte, zu großzügige staatliche Leistungen führten zu Entwicklungen, die am Bedarf des Arbeitsmarktes vorbeigingen. Senator **Lamberto Dini** (Italien) vertrat die Auffassung, die Entwicklungen in den USA seien nach den schwierigen Jahren 2007/2008 deutlich besser als in der EU. **Peeter Koppel** entgegnete, die USA hätten nach wie vor schwerwiegende Struktur- und Finanzprobleme. Die Bedeutung des US-Dollars als globale Leitwährung habe eine leichtere Erhöhung der Geldmenge ermöglicht. Das führte aber auf der anderen Seite zu einer höheren Inflation. Insgesamt sei das Geschäftsklima in den USA besser als in der EU. Der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) kritisierte die einseitige Sicht des Redners als Vertreter des Finanzsystems. Die Banken würden von den Staaten finanziell gestützt, obwohl sie teilweise sogar gegen den Euro spekuliert hätten. Ohne ein stabiles Bankensystem sei das gesamte Finanz- und Wirtschaftssystem bedroht. Wachstum müsse ein Ziel bleiben, aber Lohndumping sei nicht akzeptabel. Abschließend warb er dafür, sich nicht nur mit den fiskalpolitischen, sondern auch mit den wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekten der Krise zu beschäftigen. Debattiert wurde über die Verantwortung der Banken für die Krise. **Peeter Koppel** sah hier keinen unmittelbaren Zusammenhang. Die Staatsschuldenkrise sei nur eine Frage der Zeit gewesen, da die Regierungen längst Geiseln ihrer Schulden seien. Abschließend erklärte er, private und öffentliche Sparmaßnahmen seien unumgänglich, ein ausgeglichener Haushalt das Ziel. (Es gehe in erster Linie um die Schaffung von Werten, nicht um deren Umverteilung.)

Der Abgeordnete **Hugh Bayley** (Vereinigtes Königreich) nahm Bezug auf das vor der Sitzung verteilte Dokument zu den vergleichenden Verteidigungsausgaben der Länder. Er warb dafür, wegen der Komplexität des Themas in nächster Zeit einen Experten in den Ausschuss einzuladen.

## II. Vortrag von Anders Aslund, Senior Fellow, Peterson Institute for International Economics, Washington D.C., zum Thema „Russlands internationale Wirtschaftspolitik“

Eingangs erklärte **Anders Aslund**, die internationale Wirtschaftspolitik Russlands und auch ihre Ziele seien verworren. Die volkswirtschaftliche Situation sei mit Wachstumsraten um vier Prozent solide, Inflation und Arbeitslosigkeit seien weiter gesunken (beides bei sechs Prozent). Als einer der größten Energieproduzenten der Welt liege die wirtschaftliche Schwäche in der Abhängigkeit von Öl- und Gasexporten (50 Prozent der Staatseinnahmen) sowie deren Preisentwicklung. In aktuellen politischen Protesten der Mittelschicht werde der gesellschaftliche Reformdruck in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Gesundheitswesen und unabhängige Gerichtsbarkeit deutlich. Anders Aslund sah für Russland nur zwei alternative Wege für die Zukunft: Staatskapitalismus oder ökonomische Liberalisierung. Eine Wirtschaftsliberalisierung würde langfristig das Wachstumsniveau heben. Aus seiner Sicht sei eine Kombination aus der Entwicklung von Institutionen und einer internationalen Wirtschaftsintegration, auch über Freihandelsabkommen, sinnvoll. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (*World Trade Organization*, WTO) sei ein erster Schritt in diese Richtung. Als Schwäche bezeichnete er eine imperiale Nostalgie und die Außenseiterposition mit einer grundsätzlich oppositionellen Haltung gegenüber dem Westen. Er betonte die Rolle Russlands in der Eurokrise, mit dem Internationalen Währungsfond, IWF (*International Monetary Fund*, IMF) bei der Kreditvergabe zusammenzuarbeiten. Abschließend sagte er, Russland sei zu reich, zu pluralistisch und zu gebildet, um dauerhaft autoritär und korrupt regiert zu werden. In der Diskussion zum Thema Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine ergänzte Anders Aslund, die Ukraine zahle höhere Preise für das Gas als andere Länder in der EU. Die Nord- und Süd-Stream-Pipelines seien politische Projekte und wirtschaftlich nicht sinnvoll. Der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) sprach sich für eine sensible und differenzierte Betrachtung Russlands aus. Dort herrsche ein ausgeprägter Patriotismus mit starker Personalisierung. Demokratie habe keine Tradition, sichtbare Leistungen zählten mehr als demokratische Partizipationschancen. Die Zivilgesellschaft müsse als ein Gegengewicht aufgebaut und unterstützt werden. Auf mehrere Fragen zur Regierungszeit Medwedews erklärte **Anders Aslund**, angekündigte Modernisierungen des Staates seien nicht umgesetzt worden. Als zentrales Problem benannte er die Strafgerichtsbarkeit, während sich die Rechtsprechung in Wirtschaftsangelegenheiten deutlich verbessert habe. Abschließend sagte er, die Russische Föderation habe sich von einer Halbdemokratie in den 90er Jahren wieder autokratisch gewandelt.

### **III. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“ zum Thema „Wirtschaftsmöglichkeiten, umweltpolitische Verpflichtungen und Sicherheitsinteressen in der Arktis“, vorgelegt vom Berichterstatter Jeppe Kofod (Dänemark), präsentiert von Sir Peter Bottomley (Vereinigtes Königreich)**

Für den abwesenden Berichterstatter **Jeppe Kofod** stellte der stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses, Abgeordneter **Sir Peter Bottomley** (Vereinigtes Königreich), den Berichtsentwurf vor. Der Klimawandel zeige im Hohen Norden so deutliche Veränderungen wie in keiner anderen Region, begann Sir Peter Bottomley. Neue Seewege brächten ökonomische Vorteile und auch Zeitersparnis, aber die Gefahren für die sensible Umwelt dürften dabei nicht in den Hintergrund geraten. Durch die Eisschmelze werde zunehmend das Treibhausgas Methan freigesetzt. Auch andere Rückkoppelungseffekte würden den Klimawandel verstärken. Hinzu kämen andere Umweltprobleme wie z. B. der russische Atommüll. Die überlappenden Ansprüche der Anrainer, aber auch Interessen anderer Länder wie z. B. China sowie das bestehende rechtliche Vakuum bedürften einer allgemein anerkannten Rechtsordnung. Abschließend warb er für eine größere militärische Präsenz, auch der NATO, in der gesamten Region. In der Diskussion wies der Abgeordnete **Tore Nortun** (Norwegen) auf die Ministererklärung der fünf Anrainerstaaten von 2008 hin, das existierende Seerecht für die Region anzuwenden. Er erwähnte auch das zwischen Russland und Norwegen bestehende Fischereiabkommen. Der Abgeordnete **Wladimir Bessonov** (Russische Föderation) widersprach einer stärkeren militärischen Präsenz der NATO in der Region. Dadurch würden nur neue Spannungen erzeugt. Senator **Lamberto Dini** (Italien) sprach sich dafür aus, mehr Mittel in die Wissenschaft als in militärische Präsenz zu investieren. Die Abgeordnete **Birgitta Jonsdottir** (Island) zeigte sich beunruhigt über beabsichtigte Landkäufe chinesischer Investoren in ihrem Land. Sie warb für einen Sonderbericht zum Thema „Chinesische Investitionen und Ambitionen in Europa“.

### **IV. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ zum Thema „Der Arabische Frühling: Wirtschaftliche Dimensionen und Herausforderungen“, vorgelegt vom Berichterstatter Uwe Beckmeyer (Deutschland)**

Berichterstatter **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) begann mit der Betrachtung der wirtschaftlichen Faktoren, die zu den Aufständen in der Region geführt hätten. Trotz gleicher Probleme (Korruption, sehr langsames Wachstum, steigende Arbeitslosigkeit) seien die Länder der MENA-Region sehr heterogen, das Bruttoinlandsprodukt sehr unterschiedlich. Strukturelle Probleme seien die besonderen Herausforderungen in der Region, die auch geprägt seien von geringen wechselseitigen Handelsbeziehungen. Er bezeichnete die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als zentrale Aufgabe. Für die Diversifizierung der Wirtschaft und Belebung des privaten Sektors seien auch Reformen im Bildungsbereich und bei den Subventionen sowie der Abbau der Handelshemmnisse notwendig. Uwe Beckmeyer sah in steigenden Lebensmittelpreisen eine Gefahr für die weitere friedliche Entwicklung. Die aktive Teilnahme von Frauen an der Umgestaltung in den Ländern bezeichnete er als wichtig. Abschließend warb er dafür, die souveräne Entscheidung der Völker für die Gestaltung der Reformen anzuerkennen. Die internationale Unterstützung sei für die Freisetzung des Potenzials der Region notwendig. In der Diskussion wurde die Glaubwürdigkeit der neuen Regierungen, sich für mehr Demokratie einzusetzen, hinterfragt. Der Abgeordnete **Said Chbaatou** (Marokko) sah in mehr Rechtsstaatlichkeit und Pluralität einen Schlüssel für mehr Demokratie und sprach auch Umweltrechte der Bevölkerungsgruppen und Probleme durch Dürren an. Der Berichterstatter **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) sagte, das Thema Wasserversorgung sei eine globale Herausforderung. Er fuhr fort, die integrativen Entwicklungen in Europa, die zunächst auf Frieden und dann erst auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet waren, könnten beispielhaft sein für die MENA-Region. (Ein französischer Abgeordneter sah eine moralische Pflicht der entwickelten Länder gegenüber der Region. Für die notwendige Unterstützung sei ein umfangreicher Ansatz in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Politik notwendig.)

### **V. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Entstehung, Ursachen und Implikationen der Eurokrise“, vorgelegt vom Generalberichterstatter John Sewel (Vereinigtes Königreich)**

Generalberichterstatter **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) sagte eingangs, die Krise offenbare die tief verwurzelten fiskalischen, finanziellen und strukturellen Probleme in Europa. Auslöser seien die steigende Staatsverschuldung und die Bankenkrise gewesen. Auch sei die Notwendigkeit einer Fiskalunion als Komponente einer funktionierenden Währungsunion zu lange vernachlässigt worden. In Zeiten niedrigen Wachstums gebe es zur Verringerung der Staatsschulden wenig Spielräume. (Neben notwendigen Sparmaßnahmen gebe es kaum Alternativen.) Auch seien viele strukturelle Probleme (z. B. in Renten- und

Besteuerungssystemen) bisher nicht nachhaltig gelöst worden. John Sewel warb für eine sozial faire Verteilung der entstehenden Belastungen. Auch müssten Rolle und Aufgaben der Europäischen Zentralbank (EZB) überdacht sowie die Finanzaufsicht grundsätzlich verbessert werden. Eine Beschäftigungsförderung könne durch Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt erfolgen. In der Diskussion kristisierten mehrere Abgeordnete die Schlussfolgerungen des Berichtes. Anstatt externe Akteure, wie die Vereinigten Staaten oder chinesische Spekulanten, für die Probleme verantwortlich zu machen, sollte die Aufmerksamkeit vielmehr den Strukturproblemen des Euro und den internen Unstimmigkeiten innerhalb der EU gewidmet werden. Ein italienischer Abgeordneter kritisierte, Ausgabenkürzungen seien kaum zu vertreten, wenn auf der anderen Seite die Banken staatliche Unterstützung in beträchtlichem Umfang erhielten. Die Abgeordnete **Birgitta Jonsdottir** (Island) sah in der Krise auch eine Chance für wesentliche Veränderungen. Man könne nicht weiterhin dasselbe tun, aber andere Ergebnisse erwarten. Der Abgeordnete **Uwe Beckmeyer** (Deutschland) erklärte, Spekulationen entzögen der Realwirtschaft das Geld. Er warb für eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte. Die Konsolidierung der Haushalte sei wichtig im Hinblick auf Arbeitsplätze und Ausbildungsförderung. Er sah Schwächen bei der EZB, die Entwicklungen nicht vorausgesehen habe. Im Fokus müssten die Menschen stehen und nicht die Interessen der Banken. Von einigen Abgeordneten wurde auch eine Reduzierung der Gehälter im öffentlichen Dienst anstelle der Verminderung der Verteidigungsausgaben, welche die Volkswirtschaft stärker belaste, vorgeschlagen. Der Generalberichterstatter **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) erklärte, nur Wachstum könne die Grundlage für Beschäftigung sein. Er kritisierte, den Banken fehle es in ihrer Geschäftspolitik oft an Moral. Er sagte die Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen sowie eine Erweiterung um die Analyse des Eurosystems für die Überarbeitung des Berichtsentwurfs bis Herbst zu. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter **Petras Austrevizius** (Litauen), verabschiedete am Ende der Sitzung den Generalberichterstatter **John Sewel** (Vereinigtes Königreich) und dankte ihm für seine ausgezeichneten Beiträge zur Arbeit des Ausschusses.

### **Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit (CDS)**

Der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit tagte am Samstag, 26. Mai 2012, unter Leitung des Vorsitzenden, **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich).

Im Mittelpunkt standen Berichtsentwürfe der Abgeordneten **Ulla Schmidt** (Deutschland) über „die Konsolidierung der Revolutionen in Nord-Afrika“, des Abgeordneten **Vitalino Canas** (Portugal) zu den „Wanderbewegungen im Mittelmeerraum – neue Trends und Herausforderungen“ und des Abgeordneten **Lucio Malan** (Italien) über „die Kräfte des Wandels und der Kontinuität in Russland: nationale und internationale Auswirkungen“. Ferner diskutierten die Ausschussmitglieder mit **Loay Mudhoon**, Nahost-Experte bei der Deutschen Welle und an der Universität zu Köln, über das Thema „Der Arabische Frühling: Herausforderungen des demokratischen Wandels und die Rolle Europas in der Region“, und mit **Vladimir Yushkin**, Direktor des Baltischen Zentrums für Russlandstudien, Tallinn, über das Thema „politische Entwicklungen in Russland und ihre Bedeutung für die euro-atlantische Gemeinschaft“. Außerdem kam es zu einer Debatte mit **Jorrit Kamminga**, Direktor ICOS Group, über „Anti-Drogenmaßnahmen in Afghanistan“.

#### **I. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Die Konsolidierung der Revolutionen in Nord-Afrika“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Ulla Schmidt (Deutschland)**

Die Generalberichterstatterin **Ulla Schmidt** (Deutschland) erklärte, die unter dem Begriff Arabischer Frühling erfassten revolutionären Ereignisse hätten eine Reihe autoritärer Regime gestürzt und eine Dynamik des Wandels ausgelöst. Jedoch seien dies nur erste Schritte auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaat. Es sei wichtig, in der weiteren Transformation nicht die Ideale der Revolution zu verraten. Der Bericht untersuche die Lage in Ägypten, Libyen und Tunesien. Für Tunesien seien die Aussichten sehr positiv. Das Land befinde sich auf einem ruhigen Kurs und sei auch in der Lage, die wirtschaftlichen Herausforderungen des Umbruchs zu meistern. In Ägypten sei die Situation hingegen kurz vor den Präsidentschaftswahlen unklar. Revolution und Wahlkampf hätten viele Emotionen geweckt. Es scheine, als ob Frauen inzwischen vom Transitionsprozess weitgehend ausgeschlossen seien. Vor der größten Herausforderung stehe Libyen. Es gelte, den neuen Staat auf den Ruinen des Unrechtsregimes Muammar al-Gaddafis aufzubauen und Probleme, die aus der Stammeskultur resultierten, zu lösen und unkontrollierte Waffenarsenale aufzulösen.

Während die arabischen Gesellschaften hohe Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung hätten, würde die westliche Öffentlichkeit die Fortschritte dieser Länder auch anhand von Kriterien wie Frauenrechte oder zivile Kontrolle über die Streitkräfte beurteilen. Die alten Regimes hätten im Bereich der Gleichberechtigung

gung zum Teil Fortschritte erreicht, deren Erhalt aktuelle Regierungsvertreter zwar versprochen hätten, die Realität zeige aber, dass Frauen an Einfluss verloren hätten. Die Revolutionen hätten auch die wachsende Unzufriedenheit der jungen Generation angesichts mangelnder wirtschaftlicher Chancen widerspiegelt. Der Westen habe hier eine wichtige Rolle in der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region. Dadurch könne auch das Misstrauen gegenüber dem Westen abgebaut werden, welches in der Folge der mit dem Interesse an Stabilität begründeten Unterstützung vieler der alten Regierungen entstanden sei.

Im Verhältnis zu den neuen Parteien in den arabischen Transformationsstaaten sollten westliche Regierungen offener mit so genannten islamischen Strömungen umgehen und diese als Teil der arabischen politischen Kultur akzeptieren. Die Verhältnisse müssten an den Handlungen der Parteien, nicht an deren Image gemessen werden. Die NATO PV könne auf Anfrage der nordafrikanischen Länder auch einen positiven Beitrag für die demokratische Entwicklung der Region leisten. Auf beiden Seiten sei Geduld erforderlich.

In der sich anschließenden Debatte sprach sich Abgeordneter **Enzo Bianco** (Italien) dafür aus, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit stärker zu betonen. Wegen der Fragen der Immigration, der Energieversorgung und der Stärkung säkularer Kräfte liege diese im Interesse der NATO-Mitgliedstaaten. Abgeordneter **Vitalinas Canas** (Portugal) unterstrich das Potential für Spannungen in Ägypten, wo es eine Wahl für ein Präsidentenamt gebe, dessen Befugnisse noch nicht verfassungsmäßig festgelegt seien. Dies könne eine Machtprobe zwischen direkt gewähltem Amtsinhaber und dem Militär zur Folge haben. Ferner sei die Muslimbruderschaft trotz ihres gegenteiligen Versprechens mit einem eigenen Kandidaten zur Präsidentenwahl angetreten. Abgeordneter **Juozas Olekas** (Litauen) vertrat die Ansicht, der Westen könne nicht erwarten, sein Modell der Demokratie ließe sich auf die islamische Kultur übertragen. Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) sagte, man müsse den islamisch geprägten Parteien eine Chance geben. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) regte an, in dem Bericht auch die Entwicklung in Syrien, Bahrain und den Palästinensischen Autonomiegebieten zu behandeln. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) wies abschließend darauf hin, dass die Menschen in der Region nicht bereit seien, eine Unfreiheit durch die nächste zu ersetzen. Der Westen habe nicht das Recht, seine Vorstellungen von Demokratie und politischer Kultur anderen aufzuzwingen. Jedoch gebe es universelle Menschenrechte, die respektiert werden müssten.

## II. Vortrag von Loay Mudhoon (Deutsche Welle und Universität Köln) zum Thema „Der Arabische Frühling: Herausforderungen des demokratischen Wandels und die Rolle Europas in der Region“

**Loay Mudhoon** erinnerte an den andauernden Lernprozess der westlichen Welt im Hinblick auf die arabische Region. Die alten Regimes seien oft Verbündete des Westens gewesen und die Parteien, die jetzt Zulauf erfahren, seien nicht Schuld an der Lage der Länder. Der Begriff Arabischer Frühling sei irreführend, denn er suggeriere nach Jahrzehnten repressiver Starre die Möglichkeit eines schnellen Erfolgs. Daraus ergebe sich eine gefährliche strategische Ungeduld. Am Beispiel der osteuropäischen Transformationsstaaten könne man ableiten, dass der Wandel Jahrzehnte in Anspruch nehmen werde. Gleichwohl handele es sich um eine historische Zeitenwende in einer Region, die lange als demokratieresistent gegolten habe. Der Bruch sei allumfassend und betreffe alle Formen tradierter Autorität in Staat und Gesellschaft. Der arabische Bürger sei erwacht und strebe vor allem nach Würde, sowohl als Individuum als auch als Teil einer Nation. So hätten Ägypter es als entwürdigend empfunden, als das Regime von Husni Mubarak Ägypten so weit abgewirtschaftet habe, dass Kleinstaaten wie Katar über größeren regionalen Einfluss verfügten hätten. Es gebe ein neues Bewusstsein für universelle Werte, dabei sei „säkular“ nicht positiv besetzt, da der Begriff in der Region mit den alten Regimen in Verbindung gebracht wird. In Ägypten seien die neuen revolutionär-demokratischen Kräfte organisatorisch noch nicht in der Lage, den über große Apparate verfügenden Militärs und der Muslimbruderschaft erfolgreich entgegenzutreten. Ägypten stehe vor einer enormen demografischen Herausforderung und müsse einer großen Zahl junger Menschen, die sich als Teil der globalen Welt empfänden, wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Selten seien sich junge Araber und junge Europäer so nahe gewesen. China und Russland seien die Letzten, die Diktatoren in der Region noch unterstützen. Daher komme es nach langer Zeit wieder einmal zu einer positiven Wahrnehmung des Westens. Man wünsche sich Hilfe aus Europa und nicht aus Saudi-Arabien. Es bestehe die Gefahr, dass bei ausbleibendem wirtschaftlichen Aufschwung der Glaube an die Demokratie verloren gehe. Europa solle daher die Botschaft übermitteln, dass der Wandel unterstützt werde und die neuen Akteure, einschließlich der Vertreter des politischen Islam, an ihren Taten gemessen würden.

In der Debatte bat Abgeordneter **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) um Auskunft zur Lage in Algerien und Marokko, erkundigte sich nach der Rolle des israelisch-palästinensischen Konfliktes in den arabischen Revolutionen und ob das neue Streben nach Menschenwürde auch die Freiheiten der christlichen Minderheiten ein-

schlüsse. **Loay Mudhoon** antwortete, in Algerien seien die Menschen noch traumatisiert vom blutigen Konflikt nach den annullierten Parlamentswahlen von 1991 und zeigten sich geduldiger. Außerdem verfüge das Regime aus dem Rohstoffexport noch über Ressourcen, um einen ausreichenden Grad an sozialem Frieden zu sichern. Zu einer nachhaltigen Entwicklung fehle aber eine dynamische private Wirtschaft. In Marokko seien die angekündigten Reformen nicht glaubwürdig. Es gebe keinen wirklichen Politikwechsel, denn die Korruption der Elite um die Monarchie setze sich fort. Der Nahost-Konflikt habe bei Ausbruch der Revolutionen keine Rolle gespielt. Die Außenpolitik der neuen Regierungen werde sich aber viel stärker als bisher an der öffentlichen Meinung orientieren müssen, und da sei eine tiefsitzende israelkritische Haltung festzustellen. Die Minderheiten, einschließlich der christlichen Bevölkerungsteile, sollten sich nicht in eine Opferrolle begeben, sondern sich aktiv am politischen Geschehen beteiligen. Im Übrigen betrachtete sich die Mehrzahl der Kopten in Ägypten nicht als Minderheit, sondern als Teil der Bevölkerung des Landes. Abgeordneter **Mohammed Boukhalfa** (Algerien) räumte Defizite in seinem Land ein, sah es aber auf dem Weg zu mehr Demokratie und zur Anerkennung universeller Werte. Die algerische Nationalversammlung habe einen Frauenanteil von 30 Prozent. Abgeordneter **Abdelhakim Den Chamach** (Marokko) wies die Kritik Mudhoons zurück und verwies auf das spezifische Modell des Landes, das eine positive gesellschaftliche Entwicklung zuließe. **Loay Mudhoon** entgegnete, die Situation in Marokko sei besser als in den Monarchien am Arabischen Golf, jedoch gebe es weiterhin Repression. In Algerien solle der Westen um seiner Glaubwürdigkeit willen nur diejenigen fördern, die Demokratie und Grundrechte respektierten und deren Verbreitung voranbrächten.

### III. Beratung des Sonderberichtsentwurfs zum Thema „Wanderbewegungen im Mittelmeerraum – neue Trends und Herausforderungen“, vorgelegt von Sonderberichterstatter **Vitalino Canas (Portugal)**

Der Sonderberichterstatter **Vitalino Canas** (Portugal) erinnerte zunächst an die Zuspitzung der Flüchtlingskrise während des Krieges in Libyen im ersten Halbjahr 2011. Sie habe in Europa fundamentale Fragen der Solidarität und Einheit aufgeworfen, obwohl die große Mehrheit der Flüchtlinge in Europa gar nicht ankomme, sondern in der Region verbleibe. So hätten nur etwa ein bis zwei Prozent der geschätzten 700.000 Flüchtlinge aus Libyen Europa erreicht, der Rest sei in Tunesien und Ägypten untergekommen. Diese Länder dürfe man nicht mit der Last alleine lassen. Die vorherige Phase sinkender Flüchtlingszahlen sei auch auf die bilateralen Abkommen mit den damaligen nordafrikanischen Regierungen zurückzuführen gewesen. Die Wanderbewegungen im Mittelmeer hätten eine menschenrechtliche Dimension, und die NATO-Mitgliedstaaten sollten ihre diesbezüglich eingegangenen Verpflichtungen bei der Behandlung des Migrationsproblems achten. Die NATO spiele nur im Bereich des Krisenmanagements und der Partnerschaften eine Rolle bei diesem Thema. Libyen sei allerdings noch nicht Teil eines Partnerschaftsprogramms. Die NATO verfüge über kein Mandat in der Migrationsfrage, auch wenn die Türkei angesichts wachsender Flüchtlingszahlen aus Syrien jüngst einen Vorstoß mit Blick auf die Sicherheitslage an der türkisch-syrischen Grenze unternommen habe. Eine besondere Verantwortung ergebe sich aus dem internationalen Seerecht, das auch Kriegsschiffe der NATO zu Hilfeleistungen auf hoher See verpflichte. Wie ein Bericht der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (ER PV) untersuche, sei es möglicherweise zu Fehlverhalten vor der Küste Libyens gekommen, denn Schiffe im NATO-Einsatz hätten sich in der Nähe eines Flüchtlingsbootes befunden, von dessen ursprünglich über 70 Insassen nur wenige überlebt hätten. Die NATO habe erklärt, die Schiffe hätten in diesem Fall keine Aufforderung zur Hilfeleistung erhalten. Der Berichterstatter bedauerte, dass der für die Ausschusssitzung vorgesehene Vertreter der NATO seine Teilnahme kurzfristig abgesagt habe. Die NATO PV solle sich weiterhin an der Aufklärung der Vorwürfe beteiligen.

In der Debatte warnte Abgeordneter **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) vor einer Konkurrenz zwischen NATO PV und ER PV in dieser Angelegenheit und regte an, auch zu prüfen, ob der von den Flüchtlingen im fraglichen Boot gesichtete Helikopter von den NATO-Schiffen stamme und welche Regelungen für den Hilfeinsatz von NATO-Hubschraubern bestünden. Er erinnerte an die kriminellen Machenschaften des illegalen Flüchtlingstransports auf dem Landweg über die Türkei und an die problematische Lage in den Flüchtlingslagern an der griechisch-türkischen Grenze. Abgeordneter **Marc Angel** (Luxemburg) äußerte seine Erwartung an die NATO, zur Herbsttagung der Versammlung einen kompetenten Ansprechpartner zu entsenden. Abgeordneter **Lucio Malan** (Italien) erklärte, Muammar-al Gaddafi habe in der Vergangenheit Europa mit einer Migrationswelle gedroht, in deren Rahmen dann Terroristen hätten eingeschmuggelt werden sollen. Die Gefahr der Einschleusung von Terroristen bestehe auch nach dem Ende des Gaddafi-Regimes weiter. Abgeordneter **Muhammed Cetin** (Türkei) erklärte, zwischen Griechenland und der Türkei gebe es eine zunehmende Kooperation in Flüchtlingsfragen. Die Türkei sei derzeit mit hohen Flüchtlingszahlen aus Syrien konfrontiert. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) erklärte, der Spezialbericht ergänze ihren Generalbericht über die Revolutionen in Nordafrika in hervorragender Weise. Die NATO-Mitgliedstaaten sollten sich der Frage der Migration im Rah-

men der Schutzverantwortung zuwenden. Ohne eine Stabilisierung der Region werde es immer wieder zu Krisen kommen. Die stärkere Zulassung temporärer Migration, z. B. zur Ausbildung, sei ein Weg, auf den Migrationsdruck in der Region zu reagieren und gleichzeitig den Grundstein für deren soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu legen. Abgeordneter **Nigel Dodds** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach dem Stand der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX (Frontières Extérieures). Sonderberichterstatter **Vitalino Canas** (Portugal) antwortete, NATO PV und ER PV könnten beide zur Aufklärung der Vorgänge um das Flüchtlingsboot beitragen. Bei FRONTEX gehe es derzeit um die Frage, ob die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Kapazitäten durch eigene verstärkt werden könnten. **Lord Jopling** (Großbritannien) wies darauf hin, dass es im britischen Oberhaus sehr umstritten sei, ob FRONTEX eigene Kapazitäten erhalten solle.

#### **IV. Beratung des Berichtsentwurfs zum Thema „Die Kräfte des Wandels und der Kontinuität in Russland: nationale und internationale Auswirkungen“, vorgelegt vom Berichterstatter des Unterausschusses „Demokratische Regierungsführung“, Lucio Malan (Italien)**

Nach Ansicht des **Berichterstatters** ist es im Rahmen der jüngsten Präsidentschaftswahlen zu tiefgreifenden Veränderungen in der russischen Gesellschaft gekommen, wenngleich das Ergebnis - die Wahl Wladimir Putins - zunächst einen anderen Anschein gebe. Die Zivilgesellschaft - vor allem in den Städten - sei gereift, sie habe die Wahlen sehr aktiv beobachtet und kommentiert, und die Menschen in Moskau hätten in nie dagewesener Zahl an Demonstrationen teilgenommen. Zahllose junge Menschen sowie die Vertreter der neuen Mittelklasse hätten nicht nur ihre sozialen und wirtschaftlichen Erwartungen formuliert, sondern auch gegen Korruption protestiert und deutlich gemacht, dass sie ihre Wählerstimme gegen Missbrauch schützen wollten. In der Folge sei ein neuer Dialog zwischen Regierung und Opposition entstanden, der bedeutsam für die weitere soziale Entwicklung sei. Den Regierenden sei bewusst geworden, dass Repression nur zu weiterem Erstarken der Opposition führe. Es komme zu einer Trendumkehr, in deren Rahmen die Zentralisierung zurückgefahren, die Gründung von Parteien erleichtert und unabhängige Medien auch im TV-Bereich zugelassen würden. Der Berichterstatter erwartete, dass auch die Duma wieder zu einem Ort politischer Debatten werde und ein gesamtgesellschaftlicher Dialog über politische Ideen möglich sei. Allerdings gebe es auch widersprüchliche Signale, denn bei einigen Demonstrationen sei es jüngst zu Gewaltanwendung seitens der Ordnungskräfte gekommen und international bleibe die Russische Föderation ein schwieriger Partner.

Zu Beginn der Debatte regte **Lord Jopling** (Großbritannien) an, in dem Bericht auch den Stand der georgisch-russischen Beziehungen sowie die Lage in den Konfliktgebieten Abchasien und Süd-Ossetien zu behandeln. Dem stimmte der Berichterstatter zu. Abgeordneter **John Shimkus** (Vereinigte Staaten) erkundigte sich nach den Teilnehmern an den Großdemonstrationen und ob auch Ultrationalisten darunter seien. Berichterstatter **Lucio Malan** (Italien) erklärte, nicht alle Demonstranten hätten gute Absichten. Die Debatte wurde im Anschluss an den folgenden Vortrag fortgesetzt.

#### **V. Vortrag des Direktors des Baltischen Zentrums für Russlandstudien, Vladimir Yushkin, Tallinn, zum Thema „politische Entwicklungen in Russland und ihre Bedeutung für die euro-atlantische Gemeinschaft“**

**Vladimir Yushkin** erklärte, der neue, alte Präsident sei weiterhin von seinen anti-westlichen Komplexen geprägt und werde die bereits begonnene Remilitarisierungspolitik fortsetzen. Historische Phobien über die Bedrohungen Russlands aus West und Fernost würden weitergepflegt. Führende Militärs sprächen von präventiven Erstschlägen gegen die westliche Raketenabwehr, obwohl auch im innersten Kreis um den neuen Staatspräsidenten die Überzeugung vorherrsche, der Raketenschild könne die strategische Schlagkraft der Russischen Föderation nicht gefährden. In der Bevölkerung stoße die NATO auf Ablehnung und werde als Instrument Amerikas angesehen. Die Reform der Streitkräfte schreite mit dem Ziel voran, weniger, aber dafür schlagkräftigere Truppen zu bilden. So sei in *Pskow* (Pleskau), nur wenige hundert Kilometer vom Tagungsort Tallinn entfernt, eine besonders moderne Einsatztruppe stationiert, die über Helikopter verfüge. Zur Reform der Streitkräfte gehöre auch eine flexiblere Einsatzführung. Diese und andere Reformmaßnahmen gingen auf die im georgisch-russischen Krieg offengelegten operativen Schwächen zurück. Das russische Militärbudget sei seit 2001 um 79 Prozent gewachsen. Da es trotzdem zu einer Schwächung der rüstungsindustriellen Basis gekommen sei, solle nun eine ganze Serie neuer Waffensysteme entwickelt und eine Reihe von Technologiefortschritten vollzogen werden, um diese wieder zu stärken. Die Verwirklichung dieser Pläne sei allerdings von weiterfließenden Einnahmen aus dem Energieexport abhängig.

In der Debatte erläuterte Abgeordneter **Alexander Savenkov** (Russische Föderation) die Äußerungen des russischen Generals zu präventiven Maßnahmen. Diese seien ausschließlich defensiv gemeint. Die Russische Föderation

tion werde zu Unrecht als schwieriger Partner beschrieben, man wolle im NATO-Russland-Rat erfolgreich zusammenarbeiten. Die Analyse des Experten Vladimir Yushkins kritisierte er als emotional und in den Fakten fehlerhaft. Abgeordnete **Annicka Engblom** (Schweden) betonte den Mangel an ziviler Infrastruktur in der Russischen Föderation und dem daraus folgenden Erfordernis, Ressourcen aus dem militärischen Budget umzuwidmen. Abgeordneter **Hendrik Jan Ormel** (Niederlande) hinterfragte, warum die Russische Föderation eine Eliteeinheit nahe der Westgrenze stationiere, wo dort keinerlei Bedrohung existiere. Ferner erinnerte er an die vielen unaufgeklärten Menschenrechtsverletzungen in der Russischen Föderation, darunter der Fall des Anwalts Sergei Magnitski, der aufgrund bisher nicht aufgeklärter Umstände in Untersuchungshaft ums Leben kam, nachdem er führende russische Beamte der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe bezichtigt hatte. Abgeordnete **Christine Moore** (Kanada) ergänzte, die Russische Föderation sei ein Herkunftsland des organisierten internationalen Frauenhandels. Abgeordneter **Jean Michel** (Frankreich) sagte, die Russische Föderation solle nicht stigmatisiert werden, denn es gebe die erwähnten Probleme auch in anderen Ländern. Stattdessen sollten die NATO-Mitgliedstaaten stärker auf eine Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation hinwirken. Abgeordneter **Ivan Zaets** (Ukraine) bat, den Bericht um internationale Aspekte zu erweitern. Die russische Regierung betrachte demokratische Fortschritte in der Ukraine weiterhin als eine Bedrohung. Er warnte vor Bestrebungen, Russisch als zweite Amtssprache in der Ukraine einzuführen.

**Vladimir Yushkin** erwiderte, als die Russische Föderation Alliiertes der Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Faschismus gewesen sei, habe sie auch das bis dahin größte Netz von Geheimdienstmitarbeitern in den Vereinigten Staaten aufgebaut. Die Eliteeinheit in *Pskow* sei ein Element in der zukünftigen Militärstrategie. Aus estnischer Sicht sei bemerkenswert, dass die russische Einheit schneller in der Region verlegt werden könne als NATO-Verbände. Abgeordneter **Lucio Malan** (Italien) erklärte, die Russische Föderation sei zu abhängig vom Energieexport und könne nur durch eine offenere Gesellschaft eine bessere Zukunft erreichen. Die Behandlung des Falles des Anwalts Magnitski könne in seinem Bericht noch ausgedehnt werden. Zur Frage des Frauenhandels habe es bereits einen Bericht im Ausschuss gegeben, das Thema werde er trotzdem aufnehmen. Sein Bericht sei mit dem Ziel einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation entstanden.

#### **VI. Vortrag von Jorrit Kamminga, Experte des International Council on Security and Development (ICOS Group), über „Anti-Drogenmaßnahmen in Afghanistan“**

Im Mittelpunkt des Vortrags von **Jorrit Kamminga** stand die Frage, wie sich der Abzug eines großen Teils der internationalen Streitkräfte aus Afghanistan und die anschließende Übergangsphase (Transition) auf die Anti-Drogenpolitik auswirken werde. Die Anti-Drogen-Politik habe in Afghanistan in der Vergangenheit, trotz eines hohen Ressourceneinsatzes und obwohl die NATO auf ihrem Gipfel in Budapest (2008) den Kampf gegen Drogenanbau zu einem ausdrücklichen Ziel erklärt habe, nur geringe Erfolge vorzuweisen gehabt. Jährlich seien nur zwei bis fünf Prozent der Anbaufläche reduziert worden. Schwankungen in der Anbaumenge seien eher auf Wetterbedingungen als auf die Drogenbekämpfung zurückzuführen. Zudem sei mittlerweile auch Afghanistan selbst zu einem wichtigen Konsumentenland geworden.

Nach dem Abzug internationaler Streitkräfte fielen wichtige logistische Voraussetzungen für die bisherigen Maßnahmen weg und es müssten neue Wege der Drogenbekämpfung gefunden werden. Dazu solle eine Strategie unter afghanischer Führung entwickelt werden, die polizeiliche Maßnahmen, einschließlich der Zerstörung von Anbaufeldern und wirtschaftlicher Entwicklung, ergänzt um die Reduzierung der Nachfrage in den Konsumentenländern, zum Ziel haben solle. Dabei solle auf die allgemeine ländliche Entwicklung und weniger auf alternative Nutzpflanzen zum Ersatz für den weitverbreiteten Opiumanbau geachtet werden. Polizeilich beschlagnahmtes Opium solle für medizinische Zwecke verarbeitet werden. Die dazu erforderlichen technischen Einrichtungen müssten noch angeschafft werden und könnten zu einer weitergehenden Nutzung des Opiumanbaus für Medizinprodukte ausgebaut werden. Die Anti-Drogen-Politik müsse systematisch in allen Regierungsaktivitäten berücksichtigt werden (sogenanntes *Mainstreaming*), sodass dafür auch die notwendigen finanziellen Mittel in den jeweiligen Haushalten bereitgestellt werden könnten. Die Transition könne zu einer Chance für eine neue Drogenpolitik werden, wenn Afghanistan und die internationale Gemeinschaft ihre gemeinsame Verantwortung anerkennen und ausreichende finanzielle Mittel sowie Ausbildungskapazitäten bereitgestellt würden.

In der Debatte erklärte Abgeordneter **Alexander Savenkov** (Russische Föderation), dass er die pessimistische, aber durchaus realistische Einschätzung des Redners teile. Sein Land beteilige sich an der Anti-Drogen-Politik in Afghanistan. Abgeordneter **Juozas Olekas** (Litauen) erwähnte Schätzungen, wonach bis zu 50 Prozent des Einkommens der Bauern aus dem Opiumanbau stammen. Abgeordneter **Vitalino Canas** (Portugal) wies auf die Bedeutung der Drogenwirtschaft in der Region hin, die zu Problemen in Iran und ganz Zentralasien führe. Abgeordneter **Dragulin Mate** (Slowenien) betonte, die Russische Föderation sei nicht nur Transitland, sondern

auch Verbraucher von Drogen. Drogenhandel sei heute auch Faktor des internationalen Terrorismus. Abgeordneter **Nigel Dodds** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach Vorschlägen zur Reduzierung der Nachfrage. Abgeordnete **Madeleine Moon** (Vereinigtes Königreich) fragte nach der Rolle der Taliban im Drogenbereich. Sie betonte, die Zerstörung der Felder, insbesondere durch von Flugzeugen verteilte Chemikalien, sei abzulehnen. Abgeordnete **Jane Cordy** (Kanada) verwies auf die hohe Rate an Deserteuren in der afghanischen Polizei und das häufige Überlaufen zu den Drogenbaronen. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) bat um Auskunft zum Drogenkonsum unter Polizisten und Armeeingehörigen.

**Jorrit Kamminga** antwortete, bei der Reduzierung der Nachfrage gehe es um Ausbildung und Information zur Verhinderung einer Drogenabhängigkeit, jedoch seien die Kapazitäten Afghanistans in dieser Hinsicht noch sehr gering. Die Russische Föderation zeige sich sehr an einer Zusammenarbeit in der Anti-Drogen-Politik interessiert, jedoch müssten nun ernsthafte und konkrete Schritte unternommen werden. Der Kampf gegen Drogenanbau sei langwierig und habe in anderen Ländern Jahrzehnte gebraucht. Die regionale Perspektive sei wichtig, denn Pakistan könne Afghanistan als Opiumlieferant ablösen. Das Besprühen der Felder werde auch von seiner Organisation abgelehnt. Im Übrigen sei es keine effiziente Maßnahme, wie ähnliche Maßnahmen in Kolumbien gezeigt hätten. Obwohl die Taliban den Drogenkonsum aus religiösen Gründen ablehnten, verdienten sie kräftig daran. Er schätze die Einnahmen der Taliban aus dem Drogengeschäft auf 125 Millionen US-Dollar jährlich. Drogenkonsum unter Polizisten und Soldaten sei auch in westlichen Staaten verbreitet. Aus Afghanistan lägen ihm keine Zahlen vor, er gehe aber von einer hohen Dunkelziffer aus.

### **Ausschuss für Wissenschaft und Technologie (STC)**

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Samstag, 26. Mai 2012, unter dem Vorsitz des Abgeordneten **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen).

Im Zentrum der Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie standen die Themen: die Rolle der NATO im *cyber*-Raum, Atomenergie nach Fukushima, Irans Nuklearprogramm, unbemannte Flugkörper sowie langfristige technologische Entwicklungen und Erfordernisse bei der Luftverteidigung.

#### **I. Vortrag von Dr. Eneken Tikk-Ringas, Dozentin für *cyber*-Recht an der TU Tallinn zum Thema „Regelwerke für den *cyber*-Raum und die Rolle der NATO“**

**Dr. Eneken Tikk-Ringas** vermittelte den Ausschussmitgliedern einen Überblick über die *cyber*-relevanten gesetzlichen Regelungen und die Rolle der NATO auf diesem Feld. *Cyber* – das dürfe nicht übersehen werden – betreffe praktisch jeden Lebensbereich. Die Nationalstaaten sähen sich bei *cyber*-Vorfällen mit der Frage konfrontiert, auf welcher rechtlichen Grundlage dagegen vorgegangen werden solle, denn die Gesetzeslage sei in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich und komplex. Als dringend notwendig bezeichnete Dr. Eneken Tikk-Ringas ein internationales Regelwerk. Sie nannte einige Beispiele, um Gesetzeslücken zu illustrieren: 2007 sei Estland Ziel eines *cyber*-Angriffes gewesen, der das gesamte Internet lahmgelegt habe. Dem sei die Justiz mit dem für dieses Ereignis unzureichenden Strafrecht begegnet, weil es damals in Estland keine andere rechtliche Handhabe gegeben habe. 2011 hätten die Wikileaks-Enthüllungen die Frage aufgeworfen, wie Netzwerke und Informationen auf nationaler Ebene zu klassifizieren und zu schützen seien.

Zur Sicherung von *cyber*-Daten durch die NATO oder andere internationale Organisationen plädierte Dr. Eneken Tikk-Ringas für individuelle Lösungen in den einzelnen Staaten bzw. Institutionen in Verbindung mit einem kontinuierlichen Informationsaustausch auf internationaler Ebene.

Die Diskussion eröffnete Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) mit der provokanten Frage, ob der Kampf gegen *cyber*-Attacken bereits verloren sei. Darauf entgegnete **Dr. Eneken Tikk-Ringas**, der *cyber*-Raum entwickle sich kontinuierlich weiter; eine universelle Lösung gebe es nicht. Abgeordneter **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) bemerkte kritisch, dass auch staatliche Akteure – wie gegenwärtig beim Arabischen Frühling – die Informationsfreiheit einschränkten. **Dr. Eneken Tikk-Ringas** räumte ein, diese Frage berühre die nationale Souveränität eines Landes; die einschlägigen Gesetze dazu seien sehr dehnbar. Abgeordneter **Wladyslaw Ortyl** (Polen) erkundigte sich danach, wie es zu dem Vorfall in Estland gekommen sei. **Dr. Eneken Tikk-Ringas** erläuterte, dass diese *cyber*-Attacke sehr vielschichtig gewesen sei und Estland nicht sehr gezielt dagegen vorgehen können. Obwohl die Russische Föderation, die ebenso wie zahlreiche andere Staaten um Unterstützung bei der strafrechtlichen Verfolgung gebeten wurde, diese als einziges Land verweigert habe, sei seine Beteiligung an der Attacke nicht nachweisbar. Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) fragte nach der Bedeutung des *Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence* der NATO, das 2003 in Tallinn eingerichtet

worden sei. **Dr. Eneken Tikk-Ringas** bezeichnete das Zentrum als einen *Think Tank* der NATO, dessen Expertise und Unterstützung die Verbündeten abrufen könnten.

## II. Beratung des Berichtsentwurfs des Unterausschusses „Energie- und Umweltsicherheit“ zum Thema „Die Nuklearenergie nach Fukushima“, vorgestellt von Berichterstatter Senator Jacques Gautier (Frankreich)

Berichterstatter Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) fasste stellvertretend für Senator Philippe Vitel (Frankreich) den Berichtsentwurf zusammen. Mit der Reaktorkatastrophe in Japan habe sich nicht nur dort, sondern weltweit die Haltung zur Atomenergie geändert, die Zahl der Gegner sei größer, der Graben zwischen Pro- und Contravertretern tiefer geworden. Am deutlichsten seien die Veränderungen in Europa zu spüren. Dort habe EU-Kommissar Oettinger für alle Atomkraftwerke (AKW) in der Union einen Stresstest veranlasst, wohingegen z. B. in Brasilien, China und der Russischen Föderation der Bau weiterer AKW vorangetrieben werde. Der Berichterstatter gab zu bedenken, dass der Weltenergiebedarf rasant steige und die Atomkraft eine von Zulieferländern unabhängige umweltfreundliche Energiequelle zu vernünftigen Preisen sei. Der Berichterstatter wisse jedoch um die konträre Haltung innerhalb des Bündnisses zu diesem Thema und habe deshalb den Bericht mit größter Zurückhaltung geschrieben. Unstrittig sei jedoch, dass aus der Reaktorkatastrophe in Japan Lehren für den Bau neuer Reaktoren und deren Sicherheitsstandards zu ziehen seien.

Die Diskussion eröffnete Abgeordneter **Ziyafat Asgarov** (Aserbaidschan) mit seinen Bedenken zu dem in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden AKW Armeniens, von dem wegen der geologischen Gegebenheiten eine potentielle Gefahr ausgehe und für das er eine internationale Aufsicht durch die *International Atomic Energy Agency* (IAEA) forderte. Generell plädierte er für eine Konsultation von Nachbarstaaten, bevor ein AKW geplant und schließlich gebaut werde. Abgeordneter **Andrius Mazuronis** (Litauen) bemängelte ebenfalls den in Grenznähe geplanten Bau eines Atomkraftwerkes in der Republik Weißrussland und forderte internationale Regeln. Abgeordnete **Teresa Madurell** (Europäisches Parlament) bat den Berichterstatter um eine Empfehlung, welche Energieerzeugung, welcher Energiemix zu vernünftigen Preisen zu bevorzugen sei. Senator **Jacques Gauthier** (Frankreich) verwies auf die allerneueste Reaktorgeneration, von der es bereits Versuchsreaktoren gebe, und schätzte darüber hinaus die Beherrschung der Kernfusion etwa im Jahr 2100 als realisierbar ein. Als Konsequenz aus Fukushima seien die Sicherheitsstandards international einheitlich überarbeitet und auch die Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung deutlich verstärkt worden.

## III. Beratung des Generalberichtsentwurfs zum Thema „Das iranische Atomprogramm: eine Bewertung der Absichten des Iran“, vorgelegt vom Berichterstatter David Scott (Vereinigte Staaten)

Berichterstatter **David Scott** stellte eingangs fest, dass die internationale Staatengemeinschaft über das iranische Atomprogramm, an dessen ausschließlich ziviler Nutzung Zweifel angebracht seien, besorgt sei. Das habe auch das Abschlusskommuniqué des Chicagoer NATO-Gipfels zum Ausdruck gebracht. In Anbetracht der Lage und Ausstattung der Atomanlagen in Verbindung mit dem iranischen Programm zur Herstellung ballistischer Flugkörper sei die Sorge auch begründet. Ein nuklear bewaffneter Iran destabilisiere die gesamte Region, gefährde die Sicherheit weltweit. Ohne Wenn und Aber garantierten die USA Israels Sicherheit - notfalls mit militärischen Mitteln. Gleichwohl begrüßte Abgeordneter David Scott die Verhandlungsbemühungen der 5+1 mit dem Iran um eine diplomatische Lösung. Diese müsse zwingend bessere Möglichkeiten zur Überwachung des Atomprogramms beinhalten.

## IV. Vortrag von Pierre Goldschmidt, Experte der *Carnegie Endowment for International Peace*, zum Thema „Das iranische Nuklearprogramm“

Eingangs unterstrich **Pierre Goldschmidt** die Bewertung seines Vorredners über die globale Sicherheitsgefährdung, sollte der Iran Kernwaffen herstellen können. Die 5+1-Gespräche bewertete Pierre Goldschmidt als hilfreich auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung. Bislang seien noch keine greifbaren Resultate zu verbuchen, die regelmäßigen Kontakte könnten jedoch zu einem für beide Seiten tragfähigen Kompromiss beitragen. Der IAEA falle eine wichtige Rolle zu. Sie müsse prüfen, ob die Angaben des Iran vollständig und korrekt seien. Parallel dazu sollte Teheran davon überzeugt werden, dass der Westen keinen Regimewechsel im Iran anstrebe.

Die mit dem Beitrag von Abgeordneten David Scott verbundene Diskussion eröffnete Abgeordneter **Andrius Mazunis** (Litauen) mit der Frage, ob eine Militärintervention die einzige Lösung sei, falls der Iran sich einer Lösung verweigere. Abgeordneter **David Scott** (Vereinigte Staaten) stellte die rhetorische Gegenfrage, warum

der Iran der IAEA den Zugang verweigere, wenn die Produktion rein zivilen Zwecken diene, und brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die nächsten fünf Monate entscheidend sein werden, wenn die Sanktionen Wirkung zeigten. Senator **Jacques Gautier** (Frankreich) befürchtete, dass die Sanktionen eher die herrschende Klasse als die Kompromissbereitschaft Teherans förderten und dass ein Militärschlag den gesamten Nahen und Mittleren Osten destabilisieren könnte. Dem entgegnete **Pierre Goldschmidt**, dass er von der Wirksamkeit der Sanktionen überzeugt sei. Von einzelnen Ausschussmitgliedern vorgetragene Ergänzungen oder Präzisierungen werden in dem Abschlussbericht für die Jahrestagung in Prag berücksichtigt.

#### **V. Beratung des Sonderberichtsentwurfs zum Thema „Unbemannte Flugkörper: Chancen und Herausforderungen für das Bündnis“, vorgelegt vom Sonderberichterstatter Senator Pierre Claude Nolin (Kanada)**

Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) bot seinen Ausschussmitgliedern zunächst einen Überblick darüber, welche Rolle Drohnen sowohl bei der Kriegsführung als auch bei der Konfliktvermeidung gegenwärtig spielen. Dabei ergäben sich ganz neue Fragen zur Ethik der Kriegsführung. Drohnen - so die Kritiker - senkten die Hemmschwelle, einen Krieg zu entfachen, distanzierten Soldaten physisch und mental so weit vom Kriegsgeschehen, dass sie schneller zu töten bereit seien. Dem halten die Befürworter von Drohneneinsätzen entgegen, dass z. B. Aufständische in schwer zugänglichen Gegenden dank der Drohnen identifiziert würden und ihre Aufklärungs- und Überwachungsmöglichkeiten sehr hilfreich seien. Senator Pierre Claude Nolin erwähnte auch den umstrittenen Einsatz von Drohnen bei der Terrorbekämpfung. Zwar befänden sich die Vereinigten Staaten nicht in einem bewaffneten Konflikt mit Pakistan, Somalia oder dem Jemen, andererseits führten sie dort Militäroperationen mit Drohnen durch. Alles in allem unterstrich der Sonderberichterstatter, wie wichtig es sei, die ethischen und rechtlichen Fragen beim Drohneneinsatz umfassend zu beantworten.

In der anschließenden Diskussion beanstandete Abgeordneter **Michael Turner** (Vereinigte Staaten) eine Reihe von unkorrekten Angaben im Bericht und bat um Mitwirkung bei der Endfassung des Berichts. Letzteres wurde vom Berichterstatter zugesagt. Abgeordneter **Jürgen Hardt** (Deutschland) fragte nach der praktischen Umsetzung von Drohneneinsätzen: Unter welchen Bedingungen sei ein Drohneneinsatz im zivilen Luftraum möglich - nach seinen Erkenntnissen könnten sie in Europa nicht eingesetzt werden - und gebe es dazu eine Vereinbarung? Sonderberichterstatter Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) sagte zu, diese Fragestellung in seinem Schlussbericht zu berücksichtigen. Abgeordneter **Witold Sitarz** (Polen) präziserte einige Abschnitte des Berichtsentwurfes und wollte wissen, ob auch nicht-staatliche Akteure in den Besitz von Drohnen gelangen könnten. Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) bestätigte, dass aufgrund der geltenden Rechtslage auch Privatleute Drohnen erwerben könnten. Abgeordneter **Björgvin Sigurdsson** (Island) erkundigte sich nach einer Statistik über zivile Opfer von Drohnenangriffen. Dazu gebe es noch keine Erhebungen, räumte der Berichterstatter ein.

#### **VI. Vortrag von Rob Hewson, Herausgeber *Jane's Air-Launched Weapons*, zum Thema „Die Zukunft der Luftraumbherrschaft: langfristige Erfordernisse und technologische Entwicklungen“**

**Rob Hewson** vermittelte den Ausschussmitgliedern einen Überblick über die neuesten Entwicklungen bei den Militärflugzeugen und streifte dabei auch die mit dem Einsatz unbemannter Flugzeuge verbundene Problematik. Die traditionellen Flugzeughersteller in Europa und Nordamerika würden immer stärker von Produzenten aus Südkorea, der Russischen Föderation und China bedrängt. Dort wachse eine starke Konkurrenz heran. Bei der Entwicklung neuer zukunftsfester Militärflugzeuge liege das Hauptaugenmerk auf einer Optimierung der Antriebstechnik: leistungsfähiger, leichter, preiswerter und kraftstoffsparend sollten die neuen Flugzeugmotoren sein. **Baroness Ramsey of Cartvale** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich nach dem Unterschied zwischen einer ferngesteuerten Drohne und einem Flugzeug, dessen Pilot die Komponenten seiner Maschine am Monitor bediene. **Rob Hewson** gab in seiner Antwort zu bedenken, dass in beiden Fällen ein Knopf zum Abschuss gedrückt werde und die Distanz zur Zielperson das Töten "erleichtere". Der Vorsitzende Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen) erkundigte sich nach den Problemen mit dem Tarnkappenkampfflugzeug F 35. **Rob Hewson** sagte, seiner Meinung nach habe man die F 35 mit dem Versuch, die Fähigkeiten von drei Flugzeugversionen in einer einzigen Maschine unterzubringen, technisch überfrachtet.

#### **VII. Zukünftige Aktivitäten**

Für das Jahr 2012 erinnerte der Ausschussvorsitzende, Abgeordneter **Jan Arild Ellingsen** (Norwegen), die Ausschussmitglieder an die Besuche in Washington und San Francisco sowie London und Glasgow in der zweiten Jahreshälfte.

**Ständiger Parlamentarischer NATO-Russland-Ausschuss (NRPC)**

Der Ständige Parlamentarische NATO-Russland-Ausschuss tagte am Freitag, 25. Mai 2012, unter dem Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland). Gegenstand der Sitzung waren die Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten.

**Vortrag von Dr. Ibtisam Al Ktebi, Dozentin an der Universität der Vereinigten Arabischen Emirate, Fachbereich Politikwissenschaften, über Dynamiken in Nordafrika und im Nahen Osten**

Die Dozentin **Dr. Ibtisam Al Ktebi** sprach über die politischen Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten. Bisher handele es sich nicht um Revolutionen, sondern lediglich um Revolten. Ob hieraus ein grundlegender Wandel der politischen und sozialen Systeme folgen werde, müsse sich erst zeigen. Es sei offen, ob der begonnene Transitionsprozess in einigen Ländern der Region zu einer Kultur der politischen Verantwortung und der Achtung von Bürgerrechten, offeneren und gerechteren Gesellschaften und langfristig zu mehr wirtschaftlicher Dynamik führe, oder ob der Wandel ins Stocken gerate, weil Akteure gegensteuerten, die nicht bereit seien, altbewährte Pfründe aufzugeben. Mangels Erfahrung in demokratischer Staatsführung bestehe die Gefahr einer Polarisierung innenpolitischer Kräfte. Alle gestürzten Regime seien späte Manifestationen einer arabisch-nationalistischen Republik gewesen, wie sie zwischen 1950 und 1960 entstanden seien. Als undemokratische Erben des „Goldenen Zeitalters“ des panarabischen Nationalismus hätten sie keinen Rückhalt in der Bevölkerung gehabt. Auch monarchische Regime wie Marokko, Jordanien und die Golf-Staaten würden zunehmend unter Druck geraten, seien jedoch in der Lage, mit einzelnen Zugeständnissen gegenüber den Protestierenden „den Sturm zu überstehen“. Sollte es gelingen, in einigen Republiken eine pluralistischere Gesellschaftsform zu etablieren, entstünde in der Region Nordafrika/Naher Osten eine Gemengelage von traditionellen autoritären Systemen, zumeist Monarchien, und neuen Republiken. Dies könnte zu einem interregionalen Konflikt führen, der dem des Arabischen Kalten Krieges der Jahre 1950 und 1960 ähnelte. Eine Schwächung des arabischen Kernlandes würde unweigerlich eine Stärkung des Einflusses nichtarabischer Staaten, wie des Iran und der Türkei, nach sich ziehen. Iran habe bereits von den Konflikten in Afghanistan und Irak enorm profitiert und profiliere sich erfolgreich als Antagonist der Region gegen westliche sicherheitspolitische Einflüsse. Die Türkei hingegen verkörpere aufgrund ihrer wirtschaftlichen Erfolge und Liberalisierungsentwicklungen ein neues pluralistisches, demokratisches System in der muslimischen Welt: säkular, aber dennoch im Einklang mit islamischen Werten. Sie stelle in vielerlei Hinsicht ein für die neuen Gesellschaften in Nordafrika nachahmenswertes Modell dar. Mit ihrer offen kritischen Haltung gegenüber der westlichen, insbesondere der US-amerikanischen Politik im Nahen Osten und in dem Bemühen der Vermeidung von Konflikten mit unmittelbaren Nachbarstaaten, profiliere sie sich darüber hinaus als Mediator in der Region.

In der nachfolgenden Debatte kam Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) auf den Konflikt in Syrien zu sprechen und erkundigte sich nach den Möglichkeiten, die das Bündnis habe, um der syrischen Bevölkerung zu helfen. Der Abgeordnete **Julio Miranda Calha** (Portugal) wollte wissen, welche Auswirkungen die Morde des Assad-Regimes an der eigenen Bevölkerung auf die Region insgesamt hätten und welche Rolle die Arabische Liga hierbei spiele. **Dr. Ibtisam Al Ktebi** antwortete, dass sich die Situation in Syrien grundlegend anders darstelle, als in anderen Ländern des sogenannten Arabischen Frühlings. Die syrische Opposition sei zerstritten, extremistische Tendenzen aus der gesamten Region versuchten Einfluss auf Aufständische in Syrien zu nehmen. Der Konflikt könne in einem Staatsstreich münden oder einen Bürgerkrieg hervorrufen. Die Position der arabischen Staaten sei uneinheitlich. Die Möglichkeit einer Stärkung islamistisch-extremistischer Tendenzen werde von Seiten der Muslimbruderschaft in Ägypten begrüßt, von den Regierungen der Golf-Staaten hingegen mit Sorge beobachtet. Abgeordneter **Assen Agov** (Bulgarien) fragte, wie sich das Bündnis gegenüber der Muslimbruderschaft positionieren solle, die sowohl in Ägypten als auch in Syrien erheblichen Einfluss gewinnen würde. Er erkundigte sich nach der Rolle der Russischen Föderation, die mit China im VN-Sicherheitsrat bis heute eine Resolution zu Syrien verhindere. Abgeordnete **Ulla Schmidt** (Deutschland) betonte, dass die Menschen in Nordafrika mit dem Ziel der Teilhabe und der Freiheit, über den eigenen Lebensweg zu entscheiden, auf die Straße gegangen seien. Hiervon müsse das Thema islamischer Tendenzen in der Region abgegrenzt werden. Der Islam sei unweigerlich Teil der Region und habe unterschiedliche Erscheinungsformen. Um die Region verstehen und Lösungen entwickeln zu können, müsse das starre Bild von Gut und Böse überwunden werden. Sie fragte nach dem Stand der Entwicklung von Frauenrechten und nach der Rolle Saudi-Arabiens in der Region. Abgeordneter **Ali Riza Alaboyun** (Türkei) erkundigte sich nach den Zuträgern der extremistischen Kräfte im syrischen Konflikt. Diese schadeten der Opposition, die aufgrund extremistischer Ausschreitungen an Glaubwürdigkeit verliere. Nach **Dr. Ibtisam Al Ktebi** mangle es in der gesamten Region an Demokratiekultur, was einen Nährboden für fundamentalistische Kräfte biete. Die Muslimbruderschaft, erstmalig in der politischen

Verantwortung, müsse die Erfahrung machen, dass Menschen handfeste Ergebnisse zur Lösung existenzieller Probleme erwarteten. Die Rolle der NATO sehe sie etwa in der Unterstützung des Bildungswesens. So könne eine neue Generation heranwachsen, die aufgeschlossener gegenüber neuen Werten sei. Sie betonte, dass das Ansehen der Russischen Föderation in der Region sehr gelitten habe. Russische Einflussnahme auf die Region würde von allen Seiten abgelehnt. Die Situation der Frau habe sich nur punktuell verbessert. Oft werde das Thema Frauenrechte nur vorgeschoben, um Wahlen zu gewinnen, ohne dass ernsthafte politische Ziele dahinter stünden. Es stehe zu befürchten, dass sich Ägypten nach dem Arabischen Frühling beim Thema Gleichberechtigung zu einer konservativeren Gesellschaft entwickle als vor der Revolte. Einen besonders großen Einfluss in der Region habe neben Saudi-Arabien Katar, das Aufständische in Syrien in umfassendem Maße mit Waffen versorgt habe.

**Vladimir Komoedov** (Russische Föderation) widersprach den Ausführungen von Dr. Ibtisam Al Kitbi. Die Russische Föderation verfolge auch unter der neuen Regierung den Grundsatz der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten und verstehe sich als Unterstützer einer Entwicklung des Nahen Ostens hin zu Frieden und wirtschaftlicher Prosperität. **Marit Nybakk** (Norwegen) fragte, welche Folgen die enorme Einflussnahme eines kleinen Landes wie Katar langfristig für die Region haben werde. **Dr. Ibtisam Al Ktebi** insistierte, die Russische Föderation habe eine Lösung des Konfliktes bisher durch ihr Veto im VN-Sicherheitsrat verhindert und sehe tatenlos zu, wie in Syrien täglich Menschen sterben würden. Das syrische Regime auf diese Weise zu unterstützen bedeute, sich langfristig in der Region zu isolieren. Katar habe durch seine erhebliche Einflussnahme in der Region das traditionell gute Verhältnis zu Ägypten eingebüßt.

## Plenarsitzung

Am Montag, 28. Mai 2012, fand unter Vorsitz des Präsidenten der NATO PV, **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland) die Plenarsitzung statt.

### I. Ansprache des Präsidenten der NATO PV, Dr. Karl A. Lamers (Deutschland)

Der Präsident der Versammlung, **Dr. Karl A. Lamers** (Deutschland), berichtete vom NATO-Gipfel in Chicago, auf dem er die Versammlung vertreten habe. Als Herausforderungen des Bündnisses seien abnehmende Verteidigungshaushalte und ein immer komplexeres Sicherheitsumfeld ausgemacht worden. Daraus leiteten sich folgende Prioritäten für die NATO ab: *smart defence* als Antwort auf die anhaltende Finanzkrise. Hinter diesem Konzept verberge sich nicht, die Verteidigungshaushalte und Fähigkeiten so zu kürzen, dass eine Sicherheitskrise folge, sondern Ressourcen effektiver zu koordinieren, um einen kohärenten, gemeinsamen und langfristigen Ansatz zu erarbeiten. Vorbehalten der Nationalstaaten gegenüber Souveränitätsverlusten seien mit politischem Willen, gegenseitigem Vertrauen und Solidarität zu begegnen. Eine weitere Priorität sei die Anpassung der Allianz an neue Bedrohungen, wie insbesondere *cyber attacks*. Präsident Dr. Karl A. Lamers berichtete von seinem Besuch des *Cooperative Cyberdefence Center of Excellence* der NATO in Estland, das eine aktive Rolle dabei spiele, nationale Fähigkeiten aufzubauen und *good practices* auszutauschen. Im Zusammenhang mit dem Transitionsprozess in Afghanistan betonte Dr. Karl A. Lamers den engagierten Beitrag Estlands. Erstmals seien auf dem Gipfel in Chicago Staaten, welche ISAF-Truppen stellten, mit anderen Staaten und Institutionen, die an Sicherheitsmaßnahmen in Afghanistan beteiligt seien, zusammengekommen. Er hob die Bedeutung der Einbindung von Nachbarn hervor und erwähnte in dem Zusammenhang seine anstehenden Gespräche in Kasachstan und Kirgisistan. Der Abgeordnete betonte die Partnerschaften zur Russischen Föderation, der Ukraine und zu Staaten der arabischen Welt. Die Russische Föderation sei ein unverzichtbarer Partner. Er sprach sich für eine intensivere und offenere Zusammenarbeit aus und äußerte die Hoffnung auf ein entsprechendes Signal des neugewählten Präsidenten Wladimir Putin. Er appellierte an die Regierung der Ukraine, Julia Timoschenko den Zugang zu medizinischer Behandlung zu gewähren. Die Ukraine habe sich als Partnerstaat der NATO und als EU-Beitrittskandidat demokratischen Werten und Prinzipien verpflichtet und müsse sich hieran messen lassen. Die Beziehungen zu den arabischen Staaten müssten neu ausgerichtet, Demokratiebestrebungen unterstützt werden. Die Gefahr von Rückfällen in autokratische Systeme sei allgegenwärtig. Er verurteilte ausdrücklich das Massaker in der syrischen Stadt Houla am Freitag, 25. Mai 2012. Der Gipfel in Chicago habe schließlich ein starkes Signal an die NATO-Beitrittskandidaten Bosnien und Herzegowina, Georgien, Montenegro und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien erteilt, das der Präsident ausdrücklich begrüßte. Er forderte abschließend mehr Engagement bei der Darstellung der eigenen Arbeit. Die Bedeutung der NATO als Sicherheitsgarant sei auch nach der Überwindung des Ost-West-Konfliktes aktuell und müsse stärker in die Öffentlichkeit transportiert werden.

## II. Ansprache der Präsidentin des estnischen Parlaments Ene Ergma

Parlamentspräsidentin **Ene Ergma** berichtete von dem historischen Kampf ihres Landes um die Unabhängigkeit, der zuletzt 1990 erfolgreich und ohne Blutvergießen zu Ende gegangen sei. Hieraus leite sich eine besondere Sensibilität ihres Volkes für das Thema Sicherheit und Verteidigung ab. Die Schwerpunktthemen des Gipfels in Chicago hätten für Estland eine herausgehobene Bedeutung. In Estland werde deshalb begrüßt, dass die *Baltic Air Policing Mission* als Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung des *smart defence* Ansatzes angeführt werde. Sie betonte zugleich, dass auch nach ihrem Verständnis *smart defence* nicht gleichzusetzen sei mit der kontinuierlichen Reduzierung nationaler Verteidigungsausgaben. Sicherheitsgefahren hätten nicht abgenommen. Vielmehr seien zu den herkömmlichen Bedrohungen neue hinzugekommen. Europa habe seine Vorreiterrolle bei der Entwicklung von Sicherheitsstrategien längst verloren. Die Hauptgefahr ergebe sich nicht aus der Neuartigkeit auftretender Sicherheitsgefahren, sondern aus dem schwachen Potential des Bündnisses, sich davor zu schützen und sie zu beseitigen.

## III. Ansprache des Präsidenten der Republik Estland Toomas Hendrik Ilves

Präsident **Toomas Hendrik Ilves** betonte das positive Image, das die NATO in der estnischen Bevölkerung genieße. Den Gipfel in Chicago bezeichnete er als „Implementationsgipfel“, auf dem es vorrangig um die Umsetzung des neuen Strategischen Konzeptes von 2010 gegangen sei. Er äußerte sich besorgt über den allgemeinen Zustand der transatlantischen Partnerschaft, hier erhoffe er sich ein stärkeres europäisches Engagement. Unverhältnismäßige Kürzungen der Verteidigungshaushalte seien seit langem Tendenz in Europa, die sich durch die Finanzkrise lediglich beschleunigt hätte. Estland hingegen entspreche den innerhalb der Allianz eingegangenen Verpflichtungen und halte sich deshalb an die Vorgabe, zwei Prozent des Bruttonationalproduktes des Landes für Verteidigungsausgaben zur Verfügung zu stellen. Die Befassung der NATO mit dem Thema *cyber defence* halte er für unzureichend. Es handele sich um eine originär gemeinschaftliche Aufgabe, Gefahren von *cyber*-Angriffen gemeinsam zu begegnen, da jeder *cyber*-Angriff in der Regel darauf angelegt sei, nicht nur einen, sondern viele Alliierte zu treffen. Abschließend bezeichnete er die *Baltic Air Policing Mission* als eine NATO-Mission mit einer wichtigen Symbolkraft für die Bevölkerungen in den Baltischen Staaten, da sie für die Präsenz der NATO auch in ihren Staaten stehe.

## IV. Ansprache des stellvertretenden Generalsekretärs der NATO Alexander Vershbow

Der stellvertretende Generalsekretär **Alexander Vershbow** nahm kurz Stellung zu den Schwerpunkten des Gipfels in Chicago: Afghanistan, zukünftige militärische Fähigkeiten der NATO und NATO-Partnerschaften. Er lobte die enge Zusammenarbeit der Alliierten untereinander und mit den NATO-Partnern im Rahmen des ISAF-Einsatzes. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der zentralasiatischen Nachbarn und der Russischen Föderation, zeige eine hohe Kooperationsbereitschaft, um die Region nachhaltig zu befrieden. Besonders hervor hob er Beiträge der Russischen Föderation zur Ausrüstung der afghanischen Luftwaffe. Das *smart defence*-Konzept bedeute ein Teilen von Lasten und ein Nutzen von Synergien beim Aufbau gemeinsamer Verteidigungsfähigkeiten. Die Staats- und Regierungschefs hätten ein ehrgeiziges Paket von 20 multinationalen Projekten geschnürt, wobei er die *Baltic Air Policing Mission* erwähnte. Im Bereich *cyber attacks* sei eine Bündelung von Fähigkeiten unvermeidbar, er betonte in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle Estlands als Standort des *NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence*. Auf dem Gipfel in Chicago hätten sich die NATO-Mitglieder das Ziel gesetzt, bis 2020 gemeinsam alle Fähigkeiten aufzubauen, die erforderlich seien, um den vielfältigen Gefahren für die internationale Sicherheit begegnen zu können. Parlamentarische Unterstützung durch Überzeugungsarbeit in den nationalen Parlamenten und bei den Bürgern sei zur Erreichung dieses Ziels unerlässlich. Bezüglich des Verhältnisses zur Russischen Föderation, insbesondere das Thema *missile defence* habe hier zu Verstimmungen geführt, hoffe er auf Annäherung, auch durch den parlamentarischen Dialog.

In einer anschließenden Diskussionsrunde sprach die Abgeordnete **Beatriz Rodriguez-Salmones** (Spanien) die Rechte von Frauen, insbesondere in Afghanistan, an. Der stellvertretende Generalsekretär vertrat die Ansicht, mit der Umsetzung der VN-Resolution 1325 sei bereits einiges erreicht worden, weitere Schritte müssten durch die afghanische Regierung und durch verantwortliche Akteure im zivilen Bereich unternommen werden. Der *smart defence*-Ansatz, so eine Antwort auf die Frage des Abgeordneten **Antonello Cabras** (Italien), ziehe nicht die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Nordatlantikvertrages nach sich. Rechtliche Fragen ergäben sich allenfalls in der nationalen Umsetzung. Auf die Frage des Abgeordneten **Michael Turner** (Vereinigte Staaten), wie eine Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation beim Thema *missile defence* aussehen könne, erklärte er sich zuversichtlich, dass bei erforderlicher Akzeptanz bestimmter Geheimhaltungserfordernisse eine Kooperation für beide Seiten gewinnbringend realisiert werden könne.

Der Abgeordnete **Victor Ozerov** (Russische Föderation) stellte die Frage, warum die NATO sich gegen eine vertragliche Vereinbarung mit der Russischen Föderation ausspreche, mit der garantiert werden könne, dass sich die geplante Raketenabwehr nicht gegen sie, sondern gegen potentielle Gefahren durch Drittstaaten wende. Der stellvertretende Generalsekretär erläuterte, dass die russischen Partner von der falschen Prämisse ausgingen, die geplante Raketenabwehr sei technisch überhaupt in der Lage, russische Raketen abzuwehren. Dieser Behauptung widersprächen auch russische Experten. Juristische Garantien würden deshalb von amerikanischer Seite als inadäquat betrachtet. Von Seiten der Alliierten wurden politische Zusagen und die Schaffung von Transparenz als Grundlage einer effektiven Zusammenarbeit angeboten. Angesprochen auf die Situation in Syrien, insbesondere auf das Massaker in Houla am 25. Mai 2012, erklärte Alexander Vershbow, dass es keine Rechtsgrundlage für ein Eingreifen der NATO in Syrien gebe.

#### **V. Bericht des Schatzmeisters der Versammlung, Senator Pierre Claude Nolin, und Abstimmung über Dokumente zum Haushalt 2011/2012**

Der Schatzmeister Senator **Pierre Claude Nolin** (Kanada) stellte seinen Berichtsentwurf, den geprüften Jahresabschlussbericht vom 31. Dezember 2011 sowie den geprüften Jahresbericht über den Versorgungsfonds 2011 vor. Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

#### **VI. Ehrung des ehemaligen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO Loïc Bouvard (Frankreich)**

Abschließend dankte der Präsident dem aus der Versammlung ausscheidenden Abgeordneten und ehemaligen Präsidenten der NATO PV, **Loïc Bouvard** (Frankreich), für sein langjähriges und außergewöhnliches Engagement in der Versammlung.

**Dr. Karl A. Lamers, MdB**  
Leiter der Delegation

**Minister Lorenz Caffier**  
Stellvertretender Leiter der Delegation

